

Die Katholische Volkspartei (KVP) und Europa*

Der Einfluß der Katholischen Volkspartei der Niederlande auf die supranationalen Planungen für ein föderiertes Europa steht in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß diese Neuaufgabe der alten Römisch-Katholischen Staatspartei, die seit 1917 die Politik der Niederlande an führender Stelle mitgestaltet hatte, seit 1945 infolge der Geschlossenheit der katholischen Bevölkerung (38,5%) wiederum ununterbrochen in der Regierungsverantwortung stand. Zwar wurden die Aktivitäten der niederländischen Regierung für die ersten zehn Jahre des Ringens um eine europäische Vereinigung schon mehrfach beschrieben¹, aber eine Darstellung des Beitrags, den die katholische Partei zu den vier Hauptphasen, Benelux, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) lieferte, fehlt noch.

Die Jahre zwischen 1945 und der Ratifikation der Römischen Verträge gelten als die große Zeit der Niederlande in der Geschichte der Europäischen Vereinigung.² Die niederländischen Politiker, die an die Zukunft Europas glaubten und daran arbeiteten, sollten bald merken, daß ihrem kleinen Land aufgrund der allgemeinen politischen Konstellation ein proportional großer Einfluß in dieser Frage zufiel. Das war in gewisser Hinsicht Balsam für das durch den Verlust Indonesiens verwundete niederländische Nationalgefühl. Dies galt vor allem für die katholischen Politiker, die wegen der beharrenden Form ihres Engagements in der Indonesienfrage durch den Bruch mit den alten kolonialen Gebieten mehr Gesichtsverlust hinnehmen mußten als die Sozialdemokraten.³

Es klingt wie Pfeifen im Walde, wenn der außenpolitische Ausschuß der KVP-Fraktion beim Inkrafttreten der EGKS, an deren Gelingen führende KVP-Politiker entscheidend mitgearbeitet hatten, feststellte: "Wieder einmal hat sich erwiesen, daß ein kleines Land einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der inter-

* Frau Ute Heinen-von Borries ist Doktorandin an der Faculteit der Letteren der Katholieke Universiteit Nijmegen.

¹ A.F. MANNING, *Die Niederlande und Europa von 1954 bis zum Beginn der fünfziger Jahre*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981). Laut Manning sei es wichtig, eine Soziographie der Verfechter eines föderativen Europas zu erarbeiten, die beweisen könne, daß die meisten sympathischen Propagandisten ohne Bindung an eine der für die Niederlande typischen Säulen gewesen seien. Eine Vermutung, die sich nicht bestätigt hat.

² J.L. VAN DEN ZANDEN/R.T. GRIFFITH, *Economische geschiedenis van Nederland in de 20e eeuw*, Utrecht 1989, S. 287.

³ H. BAUDET/M. FENNEMA, *Het Nederlands belang bij Indië*, Utrecht 1983.

nationalen Gemeinschaft leisten kann."⁴ Die KVP als größte Partei im Lande, beanspruchte mit Recht einen Teil dieses Erfolges, obwohl er in den eigenen Reihen zahlenmäßig nur wenige Väter hatte. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, bei denen die Einsicht in die Notwendigkeit eines supranationalen Europas viel verbreiteter war, interessierte sich während der frühen Jahre in der KVP nur eine sehr kleine, dafür aber schlagkräftige Gruppe für die politischen Aspekte der Europäischen Vereinigung.

Die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, ihre Erfolge und Niederlagen, lassen sich nur im Zusammenhang mit einer Beschreibung des ideologischen Klimas innerhalb des katholischen Blocks ('zuil') erläutern. Obwohl die Partei stark im politischen Katholizismus verankert war, strebten die führenden Politiker nach Konsens mit den Sozialdemokraten.⁵ Diese Koalition hat ein Bild der Geschlossenheit nach außen hin vermittelt und viel zum Erfolg der Niederlande in der Europafrage beigetragen.

Aus den Publikationen in der katholischen Presse, die oft von den enthusiastischen Aktivisten der Europapolitik selbst geschrieben wurden, entsteht ein Bild von den zeittypischen, hochidealistischen Motiven, die die Diskussion um die supranationalen Pläne in der Öffentlichkeit beherrschten.⁶ Daß die Dinge hinter verschlossenen Türen dann doch hauptsächlich von ihrer praktischen Seite beurteilt wurden, versteht sich von selbst. Vor allem stand stets die 'Deutsche Frage' im Vordergrund. Alle Bemühungen um Europa wurden immer von diesem einen Aspekt mitgetragen, der in der Öffentlichkeit jedoch nur selten zur Sprache kam: Konnte Deutschland international so eingebunden werden, daß die territoriale Sicherheit der Niederlande fortan garantiert war und der deutsch-niederländische Handel wieder florierte,⁷ was jedoch keineswegs heißt, daß die Hauptakteure in der Europapolitik keine idealistischen Vorstellungen von supranationaler Zusammenarbeit gehabt hätten. Aus dem Selbstverständnis der christdemokratischen Bewegung, die in den Niederlanden bis 1980 rein katholisch geprägt war - die KVP nannte ihre Politik offiziell 'katholieke politiek' - erwuchs auf Grund ihrer grenzüberschreitenden,

⁴ Katholiek Documentatiecentrum (KDC) 0266/4855 Archief van de Katholieke Volkspartij (KVP) Commissie Buitenlandse Zaken, *Ontwerpnota voor de Fractie betreffende wetsontwerp 2228 (Schuman-Verdrag)*. Die Dokumente dieses Archivs sind nicht nummeriert und oft ohne Datum. Die Einordnung ist jedoch nicht schwierig, weil sich eine Datierung aus den Inhalten ableiten läßt.

⁵ J.A.A. VANDOORN, *De onvermijdelijke presentie van de confessionelen*, in: J.W. DE BUIS/J.A.A. VAN DOORN/B. PERCY (Hrsg.), *De ideologische driehoek. Nederlandse politiek in historisch perspectief*, Amsterdam 1989, S. 112-146.

⁶ Um nur einige der zahllosen Publikationen zu nennen: K.J. HAHN, *Standplaats Europa*, Weesp 1984, S. 156; *Studieschets voor het Europese Federalisme. Nota over de Weg naar vrijheid*, Broschüre der KVP, 1955, S. 7.

⁷ Vgl. F. WIELENGA, *West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, Utrecht 1989.

religiös und kirchenpolitisch inspirierten Programmatik der Wille, an vorderster Front für ein 'Vereinigtes Christliches Europa' zu stehen, denn - so argumentierte man - die drei großen europäischen Ideologien hätten versagt. Die liberalen Ökonomen hätten die Weltwirtschaftskrise zu verantworten, der Nazismus-Nationalismus hätte zu Krieg und Rassenwahn geführt, der Kommunismus zeige neuerdings sein wahres, häßliches Gesicht in der Unterdrückung Osteuropas. Schon während des Krieges hatten sich in den Widerstandsbewegungen die Vorstellungen der Christdemokraten gefestigt. Für die Anhänger dieser jüngsten politischen Formation stand fest, daß ihnen, "die im Gegensatz zu den Sozialisten immer den einzelnen Menschen in seiner christlichen und somit sozialen Verantwortung als wichtigstes Element politischer Gestaltung in den Mittelpunkt stellten, die Zukunft gehörte."⁸ Jetzt galt es, die Volksmassen von der Richtigkeit dieser Prämisse zu überzeugen. In den Niederlanden warb die KVP-Europalobby um die von ihrer Tradition her politisch inerte katholische Wählerschaft, indem bei allen denkbaren Gelegenheiten Variationen einer Gleichung wiederholt wurden: ein vereintes Europa als 'christliches (d.h. katholisches)⁹ Abendland' stehe sowohl Garant für soziale Gerechtigkeit als auch für die Bewahrung alter Kulturgüter. Diese Werte gerieten auf zwei Ebenen in Bedrängnis: durch den kapitalistischen Ungeist Amerikas, der zwar demokratische Freiheit garantiere, aber Europa durch seine Massenkultur zutiefst fremd sei, und durch den Weltkommunismus im allgemeinen und seine russische Variante im besonderen. Ein 'Dritter Weg', den sich Intellektuelle fast aller Richtungen in allen europäischen Ländern wünschten, hat in der Publizistik eine erhebliche Rolle gespielt.¹⁰ Seine katholische Variante basierte auf der katholischen Sozial- und Staatslehre, also auf einem korporativen Staatsmodell mit gelenkter Wirtschaft. Die Vorstellung von einer möglichen Gratwanderung der Europäer zwischen den beiden ideologischen Antipoden verschwand jedoch nach der kommunistischen Machtergreifung in Prag fast über Nacht aus der katholischen Publizistik, zusammen mit den Tiraden gegen die amerikanische 'Massenzivilisation'. Die Rolle der Amerikaner als atlantische Schutzmacht stand fortan im Vordergrund. Die Waffenbrüderschaft mit der Roten Armee und die Tapferkeit der kommunistischen Widerstandskämpfer hatten 1946 bei den ersten Wahlen zu einem unerwartet hohen Anteil kommunistischer Wählerstimmen geführt. Schon von da an nahmen die Formulierungen über die Kommunisten und die UdSSR in der katholischen

⁸ Ebenfalls aus einer großen Zahl von Publikationen: A. THOMAS, *Strijd om Europa, rond het aanbod van Marshall*, in: *Streven* 1947/48, S. 78-90; Ders.: *De Westelijke Unie in wording, de psychologische schok*, in: ebd., S. 1073-1075.

⁹ E. DE LA VALLEE POUSSIN, *De Europese gedachte en de Katholieken*, in: *Streven* 1953/54, S. 118-123.

¹⁰ W. LOTH, *Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950*, Bonn 1990, S. 112-117.

Presse an Schärfe zu, was sich nach dem Machtwechsel in der Tschechoslowakei noch erheblich verstärkte.¹¹

Drei Politiker für Europa

Innerhalb der niederländischen Katholischen Volkspartei gab es seit dem Zeitpunkt ihrer Neugründung, dem 20. Dezember 1945, nur drei einflußreiche Persönlichkeiten, von denen sich im nachhinein behaupten läßt, sie hätten ein vages Konzept von den Möglichkeiten einer Europäischen Vereinigung gehabt. Diese drei führenden Köpfe haben ihre Auffassungen über supranationale Politik aktiv umgesetzt und auf verschiedenen Wegen für ihre Partei nutzbar gemacht: der Rechtsanwalt aus Breda, E.M.J.A. (Manuel) Sassen (*1912), war in allen Phasen der europäischen Vereinigung auf verschiedenen Ebenen aktiv und unterhielt die dauerhafteste Beziehung nach Brüssel. Der zweite der begeisterten Europäer, der Nestor Petrus Josephus Servatius (Jos) Serrarens (1888-1963), war ein Mann der christlichen Gewerkschaften. Die dritte im Bunde, Margaretha Albertina (Marga) Klompé (1912-1986), wurde als Europaratsabgeordnete eine unermüdliche Botschafterin der supranationalen Ideen. In den fünfziger Jahren war sie die bekannteste und erfolgreichste Europapolitikerin des Trios. Alle drei gehörten sowohl der niederländischen Delegation zu den großen UNO-Konferenzen 1947/49 in New York, als auch dem Europarat und der Versammlung der EGKS an.

Manuel Sassen, ein Europafunktionär der ersten Stunde¹²

Manuel Sassen ist brabantisches politisches Urgestein aus dem katholischen Süden der Niederlande. Sein Urgroßvater Napoleon Sassen, ein Freund Thorbeckes, war Rechtsanwalt in 's-Hertogenbosch und Mitglied der Ersten Kammer. Sassens Großvater und Vater waren ebenfalls Juristen und politisch aktiv. Es war selbstverständlich, daß Manuel diese Tradition fortsetzte. Er begann sein Studium 1930 in Nimwegen an der neugegründeten Katholischen Universität, wo er neben der juristischen Ausbildung eine gründliche Kenntnis der philosophischen Richtung des Neuthomismus erwarb. Auf diese Weise war er der erste in der Familie, der in einer katholischen Monokultur aufwuchs.

Nach dem Studium trat er in eine Anwaltspraxis in 's-Hertogenbosch ein und wurde 1939 Abgeordneter der 'Provinciale Staten' (Provinzparlament) der Provinz Brabant, die die deutschen Besatzer ein Jahr später auflösten. Sassens Mitarbeit an der katholischen Untergrundzeitung *Je Maintiendrai*, die er als Blatt der 'Nederlandse Unie' bezeichnet, führte dazu, daß er im Mai 1942 im Lager Beekvliet in

¹¹ Vgl. THOMAS, *Strijd om Europa*.

¹² Angaben zur Biographie Ssassens entstammen dem Personenarchiv des KDC, Krantenknipsel, und einem Interview mit Sassen in: *KUZIEN, kwartaalblad van de Katholieke Universiteit Nijmegen*, Winter 1994-95, S. 5-7.

Geiselhaft genommen wurde, mit der Drohung erschossen zu werden, wenn vom Widerstand Anschläge verübt würden. Dieses Erlebnis hat seine Einstellung zu Deutschland lange geprägt.¹³ In seinen Reden klingt mehr unversöhnliches Mißtrauen mit, als dies bei anderen Politikern der Fall war. Aber die Inhaftierung sollte sich auch als positiv erweisen. Durch den Umgang mit anderen Inhaftierten lernte er zum erstenmal in seinem Leben Niederländer nicht-katholischer Kreise kennen. Er empfand dies als Befreiung: "Eine Welt öffnete sich mir, um so mehr als ich bereits in meiner Unionszeit für mehr nationale Zusammengehörigkeit plädiert hatte."¹⁴ Er schloß zukunftsfrüchtige Freundschaften, führte viele Gespräche über eine politische Nachkriegsordnung mit Männern, die später eine bedeutende Rolle in der niederländischen Politik spielen sollten: Jan Eduard de Quay (KVP), Hendrik Brugmans (PvdA), Pieter Liefstink (PvdA) und den Anführer dieser Erneuerer, Willem Schermerhorn. Sie wollten das aus der Not geborene Zusammengehörigkeitsgefühl in einer überparteilichen niederländischen Volksbewegung (NVB) weiterführen. Weihnachten 1943 wurde Sassen freigelassen.

Für die Königin waren dies die Männer, die die befreiten Niederlande regieren sollten. So gehörte Sassen im Januar 1945 zu der Delegation, die ihr in London über die Verhältnisse im befreiten Süden der Niederlande berichtete. Mit vielen anderen teilte er die Meinung, daß die Römisch-Katholische Staatspartei ausgedient hatte und zugunsten einer Niederländischen Volkspartei das Feld räumen sollte. Aber der Einfluß des altgedienten katholischen Establishments regenerierte sich schnell; die am 20. 12. 1945 neugegründete Partei hieß dann doch 'Katholieke Volkspartij'. Die Mehrheit fügte sich¹⁵, so auch Sassen. Er gehörte direkt zum Parteivorstand und zog 1946 ins neugewählte Parlament ein.¹⁶ Geprägt von der Zeit der Inhaftierung, gehörte er zum harten Kern der jüngeren Generation von KVP- Intellektuellen, die aus Überzeugung - mit sehr vagen Vorstellungen von einem 'persönlichen Sozialismus' als einer Art Quadratur des Kreises - jene Brücke zu dem Bündnis mit den Sozialdemokraten schlagen sollten, die dann die Regierungskoalition KVP/PvdA ermöglichte¹⁷, ein Aspekt, der auch in der Europapolitik sogleich von Bedeutung war. Diese Koalition führte nämlich dazu, daß im

¹³ Zu seinem Verhalten in der NEI siehe: H. GIRSCH, *Die europäischen Christdemokraten*, in: LOTH, *Anfänge der europäischen Integration*, S. 231. Siehe auch Sassens Rede auf dem Parteitag 1953, KDC 0266, *Archief van de partijcongressen*.

¹⁴ Interview mit Sassen in: *KUZIEN*, S. 5-7.

¹⁵ J. BOSMANS, *Beide erin en geen van beide eruit, de rooms-rode samenwerking 1945-1952*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 96 (1981), S. 204-229.

¹⁶ KDC 0266/0146, *Notulen van de vergadering van het Partijbestuur der Katholieke Volkspartij op dinsdag 27 aug. 1946*.

¹⁷ Vgl. BOSMANS, *Beide erin*.

Gegensatz zu allen anderen beteiligten europäischen Ländern die KVP- und PvdA-Minister auf Regierungsebene und die Fraktionen im Parlament gezwungenermaßen einen gemeinsamen Standpunkt zu den konkreten Fragen und Zielsetzungen der Europa-Föderation erarbeiten mußten. Für alle Fragen wurden gemischte Kommissionen eingesetzt, was zu der allgemein bekannten Tatsache führte, daß die einzelnen Gruppierungen sich in ihrer Europapolitik lediglich nach den Gesichtspunkten eines strikt nationalen Nützlichkeitsdenkens richteten¹⁸, weil keine Gruppe - abgesehen von der rhetorischen Ebene - ihre ideologischen Vorstellungen gegen die andere in der Praxis austragen konnte. Die je nach Weltanschauung eingefärbte, dazugehörige Ideologie war Sache der Parteien, wobei aus den Sitzungsprotokollen des KVP-Parteivorstands deutlich wird, daß sich während der ersten Nachkriegsjahre außer Sassen niemand im Parteivorstand aktiv für Europa interessierte oder gar einsetzte.¹⁹ In diesen geheimen Papieren kommt die europäische Vereinigung als Thema nur einmal kurz im Zusammenhang mit der EGKS vor, während z.B. über die Indonesienfrage permanent diskutiert wurde.

Sassen kam als Mitglied des ersten Parteivorstandes nach den Wahlen von 1946 sogar in die engere Wahl für das Amt des Parteivorsitzenden. Der mächtigste Mann der Partei, der Fraktionsvorsitzende C.P.M. Romme (1898-1980), hatte das Amt abgelehnt. Sassen fand jedoch selbst, daß seine eigene Kandidatur nicht zur Integration der auseinanderstrebenden progressiven Elemente und der konservativen Kader in der Partei beitragen würde.²⁰ Zu diesem Zeitpunkt gehörte er noch zu den Progressiven, was sich bald änderte. Eine Troika konnte dies seiner Meinung nach viel besser, da dann jede der Richtungen einen Vertreter wählen könne. Er stellte sich gegen ein Allparteienkabinett, weil dies keine starke Regierungspolitik führen könne, und zu diesem Zeitpunkt auch noch gegen eine Koalition mit der CHU, ARP und der liberalen Staatspartei. Er erklärte: "Um den Kommunismus im Lande unschädlich zu machen ist ein Zusammengehen der KVP und der PvdA erforderlich. Es gibt zwei große Aufgaben für die Innenpolitik in der nächsten Zeit, die eine betrifft den sozial-ökonomischen Sektor, in dem ein hohes Maß an Übereinstimmung bei beiden Parteien besteht, die andere den kulturellen Sektor. Auf diesem Gebiet müssen wir uns allerdings den neutralisierenden Tendenzen in der PvdA widersetzen."²¹ Auf kultureller Ebene blieb er offenbar eindeutig von sei-

¹⁸ J.R.M. VAN DEN BRINK, *Zoeken naar een Heilstaatsopbouw, neergang en perspectief van de Nederlandse welvaartsstaat*, Amsterdam 1984, S. 176.

¹⁹ KDC 0266/0146-0154 *Notulen van de Vergadering van het Partijbestuur*. Alle Protokolle der Vorstandssitzungen von 1946-1954 wurden auf diesen Aspekt hin geprüft.

²⁰ KDC 0266/0146, *Notulen 30-9-1946*. Der Vorschlag wurde nicht angenommen. Der Vorsitzende wurde F.H.J. Andriessen.

²¹ Ebd., *Notulen 23-3-1946*: "De heer Sassen is het er eens mee dat men ingaat op het voorstel van de PvdA, wegens de afwijkende houding van ARP (Antirevolutionaire Partij) en CHU (Christelijk Historische Unie) en de Liberale Staatspartij.

nem Studium an der Katholischen Universität Nimwegen geprägt. Thomistische Staatslehre, Ethik und eine Betonung staatsrechtlich-politischer Aspekte blieben in all seinen Vorträgen und Schriften als Leitmotive spürbar.²² In der Kommission Rutten bemühte er sich um die Vorbereitung für eine Öffentlich-rechtliche Wirtschaftsorganisation (PBO) der Limburger Kohlengruben. In korporativen Organisationsformen, einem Hauptanliegen der KVP, sah die Partei einen Weg zur sozialen Wirtschaftsorganisation. Man sah dort in supranationalen horizontalen Verflechtungen der einzelnen genossenschaftlich organisierten Wirtschaftszweige eine reale Chance für die Europäische Vereinigung.

Doch zunächst kamen andere Aufgaben auf Sassen zu. Im Januar 1948 schickte die Fraktion ihn in die 'Kommission von neun Männern' für die Indoniesienfrage; im August wurde er im Kabinett Drees/Van Schaik zum Minister für Überseeische Gebiete ernannt. Er hätte gerne ein anderes Ministerium übernommen, aber Romme wollte einen Katholiken auf diesem Platz. Romme hatte die Situation in Indonesien selbst in Augenschein genommen und sich gegen die rebellische Republik, für ein Festhalten an der Reichseinheit entschieden. Den Weltsicherheitsrat erklärte er für nicht kompetent, da es sich um eine innere Angelegenheit handle. Seine Fraktion und der Ministerrat folgten ihm in dieser Auffassung. Am 20. Dezember begann die zweite bewaffnete Runde des Konflikts; Sassen wollte die Verantwortung nicht länger tragen. Er trat im Februar 1949 zurück²³ und wurde wieder Anwalt in 's-Hertogenbosch, Abgeordneter des Provinzparlaments in Brabant und Mitglied der Ersten Kammer. Als die PvdA 1951 mit einem Plan mit ausgesprochen plansozialistischen Zügen an die Öffentlichkeit trat, kamen nicht nur Sassen Bedenken. Der 'persönliche Sozialismus' war wohl doch eine Worthülse, der Konsenskurs ein Irrtum.²⁴ Romme bestand jedoch aus

Met hen zou samenwerking zeer moeilijk zijn. De PvdA is de aangewezen partner." Der weitere Text in der Übersetzung.

²² E.M.J.A. SASSEN, *De ontwikkeling in de West-Europese samenwerking*, in: *Katholiek Staatskundig Maandschrift* 2 (1948), S. 146-154.

²³ H. BAUDET/M. FENNEMA, *Nederlands belang bij Indië*, S. 64-67. Sassen wird von Baudet als unbeugsamer Unterhändler dargestellt, der die bewaffnete Auseinandersetzung wollte. In seinem Interview beklagt er sich über diese Unterstellung des Historikers. Er sei gegen den Waffengang gewesen, sei deshalb zurückgetreten und habe nicht seine Meinung, sondern einen Beschluß des Kabinetts zu vertreten gehabt.

²⁴ KDC 0266/0151, *Notulen 9-5-51*. Hier ist ein Bericht über Gespräche mit F.J.F.M. Duynstee, der der Partei einen offiziell organisierten rechten Flügel hinzufügen wollte, zu finden. Ein weiteres Koalieren mit der PvdA würde immer schwieriger, weil sich dort der Staatssozialismus ausbreite. Romme erklärt dazu, daß es nicht möglich sei, Duynstee ins Parteipräsidium aufzunehmen.

pragmatischen Gründen darauf, als unvermeidlich zum Wohle des Landes.²⁵ Der Nimwegener Professor F.J.F.M. Duynstee, Professoren aus Tilburg, Persönlichkeiten aus Arbeitgeberkreisen und Sassen schlossen sich 1951 in einer Diskussionsrunde zusammen, die in Artikeln in der katholischen Tageszeitung *De Maasbode* gegen die Koalition mit der PvdA und den Verlust christlicher Grundsätze polemisierte. Sie benannten ihre Gruppe nach dem konservativen M.P.L. Steenberghe (1899-1972), der bereits in London zur Exilregierung gehört hatte. Trotz einer Verlautbarung der KVP-Spitze, die den Frieden in der Partei wiederherstellen sollte, gab es bis kurz vor den Wahlen Presseveröffentlichungen der 'Groep Steenberghe'. Um die Verwirrung auf die Spitze zu treiben, drohte der Katholische Arbeiterbund (KAB), der einen Rechtsruck befürchtete, mit der Gründung einer eigenen Partei.²⁶ Die Querelen verunsicherten die Wähler und die KVP verlor bei den Wahlen von 1952 zwei Parlamentssitze. Die PvdA war nun die größte Fraktion im Parlament geworden.²⁷ Innenpolitisch war Sassens Rolle danach ausgespielt.

Er kehrte auch nach Rommes Abtreten nur indirekt in beratenden Funktionen in die Haager Politik zurück. Da mag manches eine Rolle gespielt haben. Das Verhältnis der Brabanter zu Holland entspricht ein wenig dem der Rheinländer zu Preußen. In den Westprovinzen wohnte man nur, wenn es unumgänglich war, und da winkte inzwischen Luxemburg. Die christdemokratische Fraktion in der Versammlung der EGKS ernannte Sassen zu ihrem Vorsitzenden; 1958 fungierte er außerdem als niederländisches Mitglied der Euratom-Kommission, 1967 in der 'Commission Unique'; 1971 erfolgte seine Ernennung zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in seiner Eigenschaft als ständiger Vertreter der Niederlande bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel. In dieser Funktion bestand seine Aufgabe darin, dem Ministerrat die Möglichkeiten des niederländischen Spielraums in der Brüsseler Politik deutlich zu machen. Oft verbrachte er zwei Tage in der Woche in Den Haag. Er erinnert sich: "In dieser Zeit waren hundert Länder bei der Gemeinschaft akkreditiert; alle feierten ihre nationalen Festtage mit Empfängen. Ich ging dort stets hin, nach dem Motto 'Eine fliegende Krähe fängt immer etwas', und das funktionierte auch so. Ich war nicht mächtig, konnte nichts entscheiden, aber was mich zufrieden stimmt ist, daß meine Ratschläge oft befolgt wurden."²⁸

Das Engagement Sassens in der Nouvelles Equipes Internationales (NEI) begann vermutlich bereits als sich einflußreiche, an einem Zusammenschluß

²⁵ C.P.M. ROMME, *Documentatie ten behoeve van de Kadervorming (2^{de} deel)*, in: *Katholieke Politiek*, Broschüre der KVP, 1953, S. 80-88.

²⁶ KDC 0266/0152 *Notulen 8-2-1952*.

²⁷ J. BOSMANS, *Staatkundige Vormgeving in Nederland in de tijd na 1940*, Assen/Maastricht 1990, S. 57.

²⁸ Interview mit Sassen in: *KUZIEN*, S. 5-7.

interessierte, christdemokratische Politiker 1946 informell in Montreux trafen.²⁹ Bei der Gründung der NEI spielte die Europaföderation zunächst noch keine Rolle. Die Hauptaufgabe wurde in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus und der Situation der Arbeiter gesehen. Auf einem Kongreß im Jahr 1947 in Chaudefontaine wurde auf der Basis schon bestehender nationaler Equipen ein Comité Exécutif gebildet, mit dem Belgier Robert Bichet als Präsident und Sassen als einem der beiden Vizepräsidenten.³⁰ Daß die KVP dieses Engagement begrüßte, läßt sich einem Vorstandssitzungsprotokoll entnehmen. Erwartet wurde, daß Sassen Bichets Stelle einnehmen würde. Wegen der Wichtigkeit dieser Position wurde ihm für diesen Fall eine Dotierung von jährlich 2500 Gulden zugestanden.³¹ Das entsprach dem Nettojahresgehalt eines mittleren Angestellten. Das Geld brauchte übrigens nie ausgezahlt zu werden, weil der Belgier de Schrijver den Posten erhielt. Auf einem NEI-Kongreß in Luxemburg, zu dem nun auch eine CDU-Delegation geladen werden sollte, stand die 'Deutsche Frage' im Mittelpunkt. Die Niederländer, demnach also in erster Linie Sassen, verlangten von den deutschen Delegierten eine Erklärung über die Anerkennung einer Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Kriegsverbrechen. Die CDU-Delegation mit Adenauer an ihrer Spitze lehnte ab. Erst als darüber ein Kompromiß erreicht war, konnten deutsche Vertreter - zum erstenmal nach dem Krieg - an einer internationalen Konferenz teilnehmen. Erst aufgrund dieser Akzeptanz eines neuen, 'christlichen Deutschlands' konnte die NEI sich in der Sache der europäischen Vereinigung engagieren. Sassen, der meist in Gesellschaft eines zweiten KVP-Parlamentariers auftrat, fungierte bis er Minister wurde und auch noch danach des öfteren bei den Treffen des Comité Exécutif in Brüssel oder Paris als niederländischer Delegierter.

Warum er seine Mitarbeit in der NEI in Interviews nie erwähnt, ist eine offene Frage. Vielleicht erscheint ihm diese Institution im nachhinein so unbedeutend, daß er diesen Aspekt vergißt? Zu bedenken ist jedoch, daß er auch seine Rolle in der Steenberghé-Gruppe, die die Partei monatelang in Atem hielt und in

²⁹ GIRSCH, *Die europäischen Christdemokraten*, S. 230-31; HAHN, *Standplaats Europa*, S. 259. Hahn meint sich zu erinnern, daß es Sassen gewesen sei. Die Dokumentation ist schwierig, denn die Gespräche fanden in aller Heimlichkeit erst in Basel und danach in Genf statt. Anwesend waren u.a.: De Gasperi, Adenauer, Bildaut, der die progressiven Katholiken in Frankreich zur größten Partei gemacht hatte.

³⁰ KDC 0266/1153 Archief NEI: *Comité exécutif, proces verbal des séances tenues à Bruxelles 2-7-1950*.

³¹ KDC 0266, 19.11.1949, *Notulen vergadering Partijbestuur*. Es ist möglich, daß Mr. Sassen zum Vorsitzenden der NEI ernannt wird. Der Parteivorstand beschließt, ihm wegen der Wichtigkeit dieser Position, falls er gewählt wird, als Unkostenvergütung Hfl. 2500,- zur Verfügung zu stellen.

der Presse bestens belegt ist, nie kommentiert.³² Möglicherweise geht es hier um zwei schmerzliche Niederlagen, an die er sich lieber nicht erinnert. Die Protokolle der NEI-Sitzungen enthalten viele Passagen uneingeschränkter Zustimmung zur Europäischen Vereinigung unter dem Banner der Christdemokratie. Von dort wurde die noch junge Christdemokratische Bewegung in Europa mit ideologischer Munition versehen. In links gerichteten Kreisen erklang dann auch der immer wiederholte Vorwurf, daß in dieser 'schwarzen Internationale' ein 'vatikanisches Europa' angestrebt würde. Der direkte Einfluß der NEI mag gering gewesen sein, nachlesbar jedoch ist die Tatsache, daß die niederländischen Delegierten zuhause in ihren Presseorganen und auf Parteitaggen genau den Argumentationslinien folgten, die auch in den französischsprachigen NEI-Protokollen zu finden sind.

Ein Mann der christlichen Arbeiterbewegung³³

Im April 1948 debattierte das niederländische Parlament über die Frage supranationaler Vereinigungen und erteilte der Regierung mit 80 zu 6 Stimmen den Auftrag, daß der Brüsseler Pakt, den Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten am 17. März nach langem Tauziehen unterzeichnet hatten³⁴, auf sozialer, monetär-ökonomischer und Verteidigungsebene zu supranationalen Organen führen sollte. Die parlamentarische Initiative ging von dem Fraktionsvorsitzenden der PvdA, Marius van der Goes van Naters, und dem KVP-Abgeordneten Jos Serrarens aus. Letzterer hatte seine Laufbahn als Volksschullehrer begonnen, studierte gleichzeitig in Leiden Rechtswissenschaften und wurde 1914 Bibliothekar des Zentralbüros der 'Katholieke Actie'. Seit 1919 saß er im Vorstand der Katholischen Arbeiterbewegung (R.K. Werkliedenverbond vor dem Krieg, Katholieke Arbeidersbond nach 1945). Er setzte sich gegen den Willen der Bischöfe durch und integrierte die katholischen niederländischen Gewerkschaften in einem internationalen christlichen Gewerkschaftsbund (Internationaal Christelijk Vakverbond ICV) mit Sitz in Utrecht, deren Generalsekretär er wurde (1920-1952). Von 1934 bis 1951 bekleidete er trotz des Widerstandes aus den Reihen des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, das Amt eines technischen Ratgebers bei der Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf. Bereits 1928 fungierte er als Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, später beriet er als Vertreter des ICV die Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen bei der Aufstellung der Menschenrechtserklärung. Außerdem gehörte er dem Sozialen Rat der Vereinten Nationen an.

³² Vgl. J. BOSMANS, *De groep-Steenberghe in de verkiezingen van 1952*, in: *KDC-jaarboek*, Nijmegen 1976, S. 40-72.

³³ Alle Informationen entstammen, wenn nicht anders annotiert aus: P.J. MEERTENS u.a., *Biografisch woordenboek van het socialisme en de arbeidersbeweging in Nederland*, Amsterdam 1992.

³⁴ W. LOTH, *Der Weg nach Europa*, Göttingen 1991, S. 66.

Der Verlauf seiner Karriere kann als ein Gradmesser des immensen Einflusses der christlichen Arbeiterbewegung in der katholischen niederländischen Politik gelten. Bereits 1929 wurde er Mitglied der Ersten Kammer, 1937 und 1952 Abgeordneter im Parlament, 1949 bis 1952 Mitglied des Europarates als Spezialist für soziale Fragen. Obwohl er kein Volljurist war, wurde er 1952 einer der sieben Richter am Gerichtshof der EGKS. In diesem Schlüsseljahr wurde der Ad-hoc-Versammlung (10.9.1952) von den Außenministern der sechs EGKS-Staaten der Auftrag für einen Vertragsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft erteilt. Dem KVP-Parteivorstand war diese Funktion so wichtig, daß Serrarens als einem Bürger der Stadt Utrecht der erste Listenplatz des sicheren Wahlkreises Tilburg für die Wahlen von 1952 zugesprochen wurde.

Serrarens erhielt das Richteramt aufgrund seiner weitreichenden politischen Erfahrung. Die viele Arbeit auf internationalem Gebiet formte ihn zu einem überzeugten Anhänger der Europaidee, allerdings - sehr dogmatisch - im Sinne eines von Christdemokraten regierten Europas. Von 1949 bis 1952 hatte er die Europäische Bewegung in den Niederlanden geleitet und wurde Mitglied der internationalen Organisation der Europäischen Bewegung. Durch die Vielfalt von internationalen Ämtern, in Kombination mit dem Abgeordnetenstatus, verfügte Serrarens über mehr Erfahrungen und Kontakte als die meisten seiner Parteigenossen. Er war es gewesen, der als Sprecher des ICV und IVV für den Ausschluß der italienischen (1927), deutschen (1933) und österreichischen (1938) Vertreter im ICV und IVV sorgte als die Faschisten ans Ruder kamen; 1936 wandte er sich gegen Franco. Das brachte ihm eine Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeiterorganisation ein, die ihm jedoch drei Jahre danach wieder entzogen wurde, als er sich gegen die Sowjets wandte.

Der ICV hatte nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein R.K.-Flüchtlingskommission für Emigranten aus Deutschland und später aus den besetzten Ländern organisiert. Serrarens engagierte sich auch auf persönlicher Ebene. Er nahm Flüchtlinge in sein Haus auf³⁵, denn er erlebte die Verfolgung und das Elend seiner Kollegen aus den Gewerkschaftsverbänden der faschistisch regierten Ländern aus nächster Nähe. Vielleicht gehörte Serrarens wegen seines differenzierteren Wissens über internationale Verhältnisse zu den weitsichtigen Niederländern, die bereits im Krieg über die 'Deutsche Frage' nachdachten. Er lehnte die sich allorts verbreitende These von einer deutschen Kollektivschuld ab. Serrarens und ein Freundeskreis unterhielten Kontakte zu den Vertretern des katholischen Widerstandes in Deutschland und unterstützten nach dem Krieg das wiederentstehende Netz der katholischen Verbände in Deutschland. Man sah dort in ihnen mögliche Kristallisationspunkte für eine geistige Erneuerung Deutschlands. Sie gründeten 1945 eine 'Katholiek Genootschap voor geestelijke Vernieuwing', deren Vorsitz der sudetendeutsche Emigrant und Literaturwissenschaftler K.J. Hahn übernahm. Serrarens hatte ihm die Flucht in die Niederlande ermöglicht. Hahn spielte in der KVP eine ähnliche Rolle wie A. Mozer in der PvdA.³⁶ Serrarens

³⁵ HAHN, *Standplaats Europa*, S. 147 und S. 155.

³⁶ Ebd.

und Klompé gehörten zu der Gruppe der Spezialisten für Außenpolitik in der KVP. Ihre Berichte über Trends und Entwicklungen auf diesem Gebiet bilden Höhepunkte im Archiv des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Altersmäßig trennte sie eine Generation, in Sachen Europa zogen sie an einem Strang.

Marga Klompé, die Straßburgerin ³⁷

Marga Klompés berufliche Laufbahn begann 1939 als Lehrerin. Die promovierte Chemikerin unterrichtete schon als Studentin an einem Nimwegener Lyzeum. Sie stammte aus einer Arnheimer Fabrikantenfamilie, die durch eine Erkrankung des Vaters verarmt war. Diese Erfahrung hat dazu beigetragen, daß sie Zeit ihres Lebens zum linken Spektrum der KVP gehörte, von wo aus sie wesentliche soziale Erneuerung erwirkte. Während des Krieges zeigte sich ihr klar analytischer Verstand, ihr Mut und ihre Tatkraft. Sie gehörte zu den wenigen Frauen in der Widerstandsbewegung, die Weisungen erteilten und Richtlinien mitbestimmten. Ihre Aktivitäten hatten sich, bis zum Verbot der Hilfsorganisation durch die deutschen Besatzer, auf den Womens Voluntary Service (WVS) begrenzt, der 1938 nach englischem Vorbild als Hilfsorganisation für Kriegs- und Katastrophenfälle gegründet worden war. Klompé leitete die Sektion Gelderland, die im Untergrund Kontakte im ganzen Land unterhielt und einen großen Teil der Logistik des Widerstandes übernahm. Sie selbst hat über ihre Untergrundaktivitäten nie gesprochen und sich nie als Widerstandskämpferin bezeichnet. Auch bei ihr bewirkte die verbindende Kraft des gemeinsamen Widerstands, daß sie 1945 Mitglied der 'Nederlandse Volksbeweging' wurde. Auch sie schwenkte nach Gründung der KVP sofort loyal auf Parteikurs. Den Weg in die Politik fand sie über die katholische Akademikerinnenvereinigung (R.K. Vrouwendispuut), die sie als Mitglied der niederländischen Delegation zu jener bereits erwähnten allgemeinen UNO-Konferenz detachierte. Dort wurde für sie zum prägenden Erlebnis, daß die internationale Gemeinschaft, die hauptsächlich von Romme und der KVP voll unterstützten bewaffneten Aktionen der Niederlande in Indonesien rügte. Der ernsthafte Wille an einer besseren Welt zu arbeiten und die idealistische Aufbruchstimmung nach dem Krieg bestimmten zwar ihren politischen Stil, aber sie besaß auch einen nüchternen Blick für die realen Möglichkeiten der Niederlande in der internationalen Politik.

Ihre Blitzkarriere in der Politik begann aus Versehen. Die KVP suchte 1946 dringend nach neuen Gesichtern. Klompé konnte nicht ahnen, als sie bei der UNO-Konferenz die Bekanntschaft der KVP-Politiker machte und diese sie drängten sich für die Wahlen von 1948 auf einem Ersatzplatz der Kandidatenliste aufstellen zu lassen, daß Sassen wegen seiner Ernennung zum Minister das Parlament so bald verlassen würde. Daraufhin nahm Klompé, als seine Nachfolgerin, automa-

³⁷ Alle Information über Klompé, wenn nicht anders annotiert aus der Biographie von I. JUNGSCHEGER/C. BIERLAAGH, *Marga Klompé een gedreven politica haar tijd vooruit*, Utrecht 1990. Die Autoren konnten als erste von der Privatkorrespondenz mit Romme, die Klompé testamentarisch bis 1990 unter Verschluß gehalten hatte, Gebrauch machen.

tisch seinen Platz als Vorsitzende der KVP-Kommission für Außenpolitik ein, und Romme nahm sie unverzüglich in die politische Lehre. Die Korrespondenz mit ihm bezeugt, daß sie Freunde wurden. Romme, der ihr unabhängiges Urteil zu schätzen wußte, legte ihr seine Kommentare in der Volkskrant zur Beurteilung vor, wenn diese außenpolitische Themen zum Inhalt hatten. Ihre Entsendung in den Europarat nach Straßburg (1949) war gleichsam vorprogrammiert. In diesen Jahren hatten publizistische Initiativen der einzelnen Parteien dafür gesorgt, daß das öffentliche Interesse an Europa wuchs. Als Klompé am 18. November 1950 als Nachfolgerin des französischen Europaministers Guy Mollet zum Rapporteur des Assemblée Consultative gewählt wurde, feierte auch die nicht-katholische Presse sie als 'Überraschung von Straßburg'.

Man lernte Klompé als engagierte, links stehende KVP-Politikerin kennen, die einen, von ihren männlichen Kollegen hochgeschätzten, analytischen Blick für ökonomische und militärische Zusammenhänge besaß. Der hielt sie jedoch nicht davon ab, die geistig-religiösen Werte Europas und die Dimensionen der christlichen Sozialpolitik mit größter Emotionalität zu vertreten. Das pädagogische Element in der Europaidee, die Loslösung der Bürger aus nationalistischen Denkmustern und die Überzeugung, daß "Außenpolitik - im Gegensatz zu früher - eine Angelegenheit geworden war, die alle Bürger anging,"³⁸ nahmen in Klompés politischem Spektrum einen breiten Raum ein. Dazu gehörten immer wieder ethisch-moralische Aspekte. "Materielle Anstrengungen sind sinnlos ohne prinzipielle Grundsätze" lautete der Titel ihres Volkskrantartikels, der zu ihrem Amtsantritt als Protokollant erschien.³⁹ Dieser Zug an ihr war typisch für das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts herangewachsene, niederländische Sendungsbewußtsein, in dem die Niederlande sich selbst als kleines Land sahen, aber als bedeutende moralische Instanz in der internationalen Politik.⁴⁰ Sie schrieb dazu: "In der Vergangenheit hatten wir einen großen Anteil an der Formulierung internationaler Rechtsbegriffe. Um wie viel mehr haben wir in der heutigen Zeit die Pflicht, mit der uns eigenen Friedfertigkeit aktiv teilzunehmen an der Schaffung internationaler Rechtsgemeinschaften. Dies ist Pflicht - aber auch Eigennutz. Unser geistiger Beitrag ist, im Licht unserer schwachen materiellen Position gesehen, nicht nur einer der wesentlichen Beiträge, die wir liefern können, sondern auch die wirkungsvollste Art und Weise, mit der wir die Belange und die Freiheit unseres Volkes

³⁸ M. Klompé, *De KVP en de buitenlandse politiek, een inleiding en verantwoording*, in: *Katholiek Staatkundig Maandschrift* 5 (1951), S. 379-385.

³⁹ Zitiert in: JUNGSCHELEGER/BIERLAAGH, *Marga Klompé*, S. 35.

⁴⁰ Diese Auffassung gehörte nicht nur zum Gedankengut der Reformierten Kreise. Die Anführer der katholischen Emanzipation in den Niederlanden, u.a. der Kritiker und Kulturhistoriker J.A. Alberdingk Thijm (1820-1888), haben in dessen hauseigener Zeitschrift *Dietsche Warande, Volksalmanak voor Nederlandsche Katholieken* und in anderen Schriften über Jahrzehnte an der Ausformung dieser Attitüde mitgewirkt.

sichern können.⁴¹ Außerdem wollte sie "es schaffen, den katholischen Frauen politisches Interesse beizubringen", die verglichen mit den Kommunisten und Sozialisten, in ihren Augen, politisch viel zu wenig aktiv waren. Sie startete eine regelrechte Werbekampagne, reiste unermüdlich durch das Land, hielt Vorträge über die Europäische Vereinigung, schrieb Artikel in der *Volkskrant* und das Vorwort zu einer Publikationsserie über das Brüsseler Abkommen in der Monatschrift des 'Centrum voor Staatskundige Vorming'. Angepaßt an politisch ungeschulte Leser, inhaltlich jedoch gleichlautend, erschienen Beiträge in der von allen bürgerlichen katholischen Familien abonnierten *Katholieke Illustratie* zusammen mit Fotos von ihr im Großformat.⁴² Das alles verlieh ihr in Vor-Fernsehzeiten einen für niederländische Politiker durchaus ungewöhnlichen Anflug von Glamour: Marga Klompé, die 'junge, gelehrte und dennoch attraktive Straßburgerin der Niederlande'. Sie erinnerte sich sehr gerne an diese Zeit: "Wir Europäer - Abgeordnete wie Bruins- Slot (ARP), Kapteyn (PvdA) und ich formten im niederländischen Parlament eine besondere Gruppe. Wir standen direkt unter den politischen Größen, Romme, Drees, Oud (VVD) und Schouten (ARP)."⁴³ 'Wirklich harte Arbeit' wurde dann die Mitgliedschaft in der Versammlung der EGKS. Bis 1956 hat sie bei allen Beschlüssen in Luxemburg entscheidend mitgewirkt. Innenpolitisch wirkte sie als Sprecher des KVP-Ausschusses für Außenpolitik. Ihre Berichterstattung an die Fraktion und die Beratungen mit dem Minister zeichnen sich durch klare Ausformulierungen sowohl ihrer eigenen als auch der Meinung des Ausschusses aus. Aus Gründen des Parteienproporz wurde sie 1956 während der Regierungsbildung aus der Europaarbeit abberufen und zum Minister für Soziales ernannt. Zum Erstaunen ihrer männlichen Kollegen in der Kabinettsrunde brachte sie jedoch während der Beratungen ihre Meinung zu allen Fragen der Außenpolitik weiterhin ein.⁴⁴

⁴¹ M. KLOMPÉ, *De KVP en de buitenlandse politiek*, in: *Katholiek Staatskundig Maandblad* 5 (1951), S. 379, S. 385.

⁴² M. KLOMPÉ, *Nieuwe en oude grondslagen*, in: *Katholieke Illustratie*, 5.5.1950.

⁴³ Interview in *De Tijd*, 19.8.77.

⁴⁴ J. Zijlstra in einem Interview nach ihrem Tod in *NRC* 28.10.1986. JUNG-SCHLEGER, *Marga Klompé*, S. 101, berichtet, daß Drees sie nicht im Kabinett haben wollte, weil sie mit ihm eine Kontroverse im Parlament über eine Verteidigungsfrage hatte, und er sie als viel zu aggressiv empfand. Ihre Expertise in den Fragen der Europäischen Vereinigung war für ihn keine Empfehlung.

Da sowohl die Regierungsmacht der KVP als auch ihr weitreichender informeller Einfluß auf der inneren Geschlossenheit von Parteikadern und Mitgliedern beruhte, nahm man die Öffentlichkeitsarbeit sehr ernst und organisierte die Parteitage mit großem strategischem Aufwand. So kann die Presseberichterstattung dazu als Gradmesser für die konjunkturellen Schwankungen in der Darstellung der Europavorstellungen dienen. Der erste Parteitag im Oktober 1947 bewies, daß es wichtigere Dinge gab. Die junge KVP zog Bilanz und demonstrierte katholischen Kampfegeist, indem sie das Ereignis als eine Massenveranstaltung über die Bühne gehen ließ, die die katholische Presse bezeichnenderweise eine 'große Waffenschau' nannte. Das Ereignis muß allein durch die Größe der Veranstaltung in der Bevölkerung Eindruck gemacht haben. Die Anzahl von 1600 Teilnehmern, die sich in späteren Jahren bis zu 5000 erhöhte, zeigt, daß man sich - im Gegensatz zur Vorkriegszeit - um Basisnähe bemühte. Die Berichterstattung in den Zeitungen füllte praktisch alle Seiten der damals recht dünnen Blätter. Der Fraktionsvorsitzende Romme eröffnete den Kongreß mit einem Rechenschaftsbericht, in dem er die gute Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten lobte und gegen Kritiker von rechts verteidigte, sich gegen die 'massenhafte Besitzlosigkeit der Arbeiter' und für den Besitz einer eigenen Behausung aussprach und die Bedeutung des in der Planung befindlichen Gesetzes zur PBO, wofür sogar ein eigenes Ministerium geschaffen wurde, erläuterte. Darüber hinaus bekräftigte er, daß die KVP 'keine sozialistische aber sehr wohl eine progressive Politik', die nicht innerhalb der veralteten Kategorien 'links' und 'rechts' operiere, führen wolle. Der Inhalt des Sieben-Punkte-Programms des Parteitages lautete: Behebung der Kriegsschäden, das Verhältnis zu Indonesien, Hebung der Sittlichkeit, Löhne und Preise, Wohnungsbau, kommunistische Gefahr. Diesen innenpolitischen Themen wurde eine Erklärung hinzugefügt, daß Kontakte zu der CVP in Belgien, der MPR in Frankreich, der österreichischen Volkspartei, der Nationalen Volkspartei in der Tschechoslowakei, der CDU in Deutschland und zur Nouvelles Equipes Internationale geknüpft seien. Mehr wurde zu diesem Zeitpunkt über internationale Beziehungen nicht gesprochen; ganz typischerweise nahm die katholische Presse diesen doch wichtigen Tagesordnungspunkt nicht wahr. Nur in der kommunistischen *Waarheid*, deren wachsamem Auge diese Internationalisierung der niederländischen Christdemokratie natürlich nicht entging, wurde kurz darüber berichtet.⁴⁶

Der nächste Parteitag im Dezember 1948 geriet dann allerdings zu einem großen Europaereignis, da er fast ganz im Zeichen der am 1.1.1948 inkraftgetretenen Benelux-Zollunion stand. Es hieß in der Presse, daß sie am 1.1.1950 in eine

⁴⁵ KDC 0266/0004-000, *Archief van de partijcongressen*. Das KVP-Archiv der Parteikongresse besteht aus Zeitungsausschnitten, von denen nicht alle datiert und mit dem Titel des Blattes versehen sind. Der erste Kongreß fand am 27.10.1947 in Utrecht statt. Die KVP hatte 465.000 Mitglieder, von denen 1300 zum ersten Kongreß erschienen waren.

⁴⁶ *De Waarheid*, 27.10.1947.

vollkommene Wirtschaftsunion einmünden und als Keimzelle und Modell für alle weiteren Europäischen Vereinigungen auf allen Ebenen wirken sollte. Wirklich geglaubt haben die politisch Informierten dies wohl kaum; die Schwierigkeiten häuften sich. Aber während der Parteitage herrschte eben Feststimmung, und man ließ den idealistischen Vorstellungen freien Lauf. Als Gast und Redner war der Vorsitzende der belgischen Christlichen Volkspartei De Schrijver eingeladen. Er erinnerte an die Zeiten des Exils in London und bezeichnete das Band KVP- CVP als den besten Kitt für die Wirtschaftsunion. Mit dem freien Verkehr von Waren und Personen seien bereits hervorragende Ergebnisse erzielt worden. Größere Märkte bedeuteten mehr Absatz. Dieses wiederum bewirke eine geringere Arbeitslosigkeit. Die noch bestehenden Schwierigkeiten mit den fiskalen, ökonomischen und monetären Fragen wurden zwar erwähnt, aber es ist geradezu ein Merkmal der Europaberichterstattung jener Jahre, daß keines der Probleme je konkret beschrieben wurde. In Gemeinplätzen wurde dem Volk mitgeteilt, daß keine gewaltsame, jedoch sehr wohl 'eine ziemlich baldige' Anpassung erfolgen sollte, denn 'die Volkswirtschaften beider Länder ergänzten einander und gerieten deshalb nicht in Konkurrenz zueinander'. Man dürfe die Lösung der Probleme nicht nur den Fachleuten überlassen, fuhr De Schrijver fort; die öffentliche Meinung müsse mobilisiert werden. Die am 5. April abgeschlossene Übereinkunft der katholischen Parteien der Niederlande und Belgiens müßten das Benelux-Vertragswerk mit ihrem Geist und Willen durchdringen. Politische, soziale, und Gewerkschaftsorganisationen der drei Länder würden sich verflechten und so ein starkes Band schaffen. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung von Benelux zeige sich bereits die politische. Die drei Länder träten in der UNO und in vielen anderen internationalen Kommissionen als eine Einheit auf.⁴⁷ Wahrscheinlich hat der große Idealist De Schrijver dies alles in vollster Überzeugung von sich gegeben. Daß die Realität ganz anders aussah, sollte sich nur zu bald zeigen.

Natürlich engagierte sich auch Serrarens auf den Parteitag in sehr starkem Maße. Für die Sitzung des 13.12.1948 hatte er die Erläuterung der niederländischen Rolle in der Westeuropäischen Union (WEU) übernommen. Offenbar war er ein ausgezeichnete Rhetoriker, denn der *Maas- en Roerbode* schrieb: "Serrarens versprühte ein gigantisches Feuerwerk, von dem man Ohrensausen bekam". Er bediente sich einer Metapher, die den Bürgern der beiden Länder am Atlantik einleuchten mußte: "Die Zusammenarbeit der WEU wirkt wie ein Deich zum Schutz West-Europas. Der Deich des Völkerbundes war gebrochen; in den der Vereinten Nationen hatte das Vetorecht der Russen ein Loch geschlagen, so daß alle Anstrengungen der europäischen 'Polderjungen' wirkungslos blieben gegen die scharfen Waffen des Marxismus. Während vor 40 Jahren Europa noch das Zentrum der Welt war, ist es nun zu einem Wohlfahrtsempfänger geworden. Der Marshallplan kann aber nie mehr sein als eine Bluttransfusion. Europa muß sich selbst schützen. Erst muß Westeuropa militärisch gesichert werden, sodann müssen Italien und Österreich integriert werden und ganz gewiß Westdeutschland. "Wir (Katholi-

⁴⁷ KDC 0266, *Archief van de partijcongressen*. Hinweis auf dem Blatt unleserlich: Benelux-Ehrensitzung vom 13.12.1948 unter der Überschrift: *Benelux könnte eine große Exportmacht werden*.

ken) können Deutschland nicht 'den Anderen' überlassen, denn das zentrale Problem Europas ist das Problem 'Zentraleuropa'.⁴⁸ Hier spiegelt sich der Einfluß seines sudetendeutschen Freundes Hahn, in dessen Publikationen dieser Satz stets wörtlich zu finden ist. Serrarens schloß mit dem Credo der Christdemokraten: "Sowohl Benelux als auch die europäische Zusammenarbeit in größerem Verbund können nur gelingen, wenn sie auf den Grundlagen der christlichen Gesinnung und sozialen Gerechtigkeit entstehen. Bei diesem Werk müssen die katholischen Parteien im ersten Glied stehen - und ihre politische Macht in die Waagschale werfen, denn sie sind in vielen europäischen Ländern die stärksten Parteien." Er schloß mit einem Wort des Kirchenvaters Augustinus: "Laßt uns gut sein, dann werden auch die Zeiten gut sein!"⁴⁹ Ganz unverkennbar war hier, im Gegensatz zu De Schrijver, einer zu Wort gekommen, der das Gras wachsen hörte. 'Die Anderen', die es zu verhindern galt, waren die deutschen Sozialdemokraten. Sie sollten den niederländischen Politikern in den nächsten Jahren noch viel Kopfzerbrechen bereiten. Serrarens wußte natürlich aus seinen Gewerkschaftskontakten, daß die SPD auf keinen Fall eine deutsche Wiederbewaffnung wollte, sondern ein neutrales Deutschland. Nicht nur für ihn war dies eine Schreckensvorstellung. Das hatte nach allem Kriegsleid gerade noch gefehlt: eine deutsche Neutralität würde unweigerlich dazu führen, daß die russische Einflußsphäre bis an die Deutsch-Niederländische Grenze reichen würde.⁵⁰

Auf dem Parteitag des Jahres 1949 spielte Europa wieder nur eine Nebenrolle. Die Indonesienpolitik erregte die Gemüter, dazu die Familienpolitik als ideologischer Schwerpunkt. Aber es bewegte sich etwas im Verhältnis zu Deutschland, was im Hinblick auf die oben erwähnten Entwicklungen wohl zu erwarten war. Die KVP-Politik kennzeichnete eine gewisse Unflexibilität in dieser Frage. Bisher hatte man sich mit Einladungen zum Parteitag auf die Benelux-Kollegen beschränkt. Auf einer Vorstandssitzung am 7.10.1949 erkundigte sich der Abgeordnete de Gou, ob es nicht an der Zeit sei, auch deutsche CDU-Politiker einzuladen, da die PvdA schon längst Kontakte zu den deutschen Sozialdemokraten aufgenommen hatte. Das habe finanzielle Konsequenzen, lautete die Antwort, denn dann müßten alle anderen europäischen christdemokratischen Parteien auch eingeladen werden⁵¹, wozu man sich dann doch durchgerungen hatte. Nun sprach also zum ersten Mal ein deutscher Delegierter, der CDU-Abgeordnete Deitinghaus, auf einem Parteitag. Er überbrachte die Grüße des ganzen deutschen Volkes, das eine Politik im christlichen Geist führe: "Es ist Gottes Vorsehung, daß in Deutschland nach einer Zeit, in

⁴⁸ Vgl. HAHN, *Standplaats Europa*.

⁴⁹ *Benelux-avond van de KVP. Hoeksteen in het nieuwe gebouw der Europese samenwerking*, in: *Maas- en Roerbode*, 13.12.1948.

⁵⁰ H. LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990, S. 248.

⁵¹ KDC 0266/0149.

der die Zehn Gebote mit Füßen getreten wurden, die Christlich Demokratische Union als stärkste Partei die Politik beherrscht." Der Kommentar im Parteiblatt *De Stem* lautete: "Auffallend war, daß der Deutsche für seine Rede ohrenbetäubenden Applaus erhielt, ein denkwürdiges Zeichen!" Offenbar wurde die katholische Öffentlichkeit ganz vorsichtig über die katholische Schiene mit der Idee vertraut gemacht, daß es wieder Kontakte zu Deutschland geben würde. Aber manches wurde auch noch geheim gehalten. So berichtet der KVP-Wirtschaftsminister van den Brink in seinen Memoiren, daß er Ludwig Erhard, den designierten Wirtschaftsminister und Architekten der sozialen Marktwirtschaft, 1948 heimlich zu einer Besprechung nach Den Haag holte.⁵²

In Rommes Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Fraktion auf dem Parteitag von 1951 - der von da an nur noch alle zwei Jahre stattfand - standen das Thema der Europaintegration mit der EGKS und der Koreakrieg im Mittelpunkt.⁵³ Von den supranationalen "doelgemeenschappen (Zweckgemeinschaften), die den Weg zu einer wirklichen internationalen Rechtsgemeinschaft bahnen", nannte Romme an erster Stelle die WEU und den Nord-Atlantikpakt. Die KVP-Fraktion habe alle Anstrengungen mitgetragen, welche die erhöhten Verteidigungsausgaben der Volkswirtschaft auferlegt hätten. "Wir wissen, daß dies alles hart ist. Das härteste Opfer haben unsere tapferen Jungens in Korea und ihre Familien bringen müssen. Aber wir wissen auch, daß dies alles für die Zukunft notwendig ist. Auf dem Gebiet der europäischen Vereinigung brauche ich nur zwei Begriffe zu erwähnen: den Europarat in Straßburg, an dem, wie Sie wissen, von unserer Fraktion aktiv teilgenommen wird, und weiter den Schumanplan (EGKS), auf den die Niederlande formell und inhaltlich einen sehr wesentlichen und fachkundigen Einfluß ausgeübt haben. Wer in diesen stürmischen Zeiten seinen historischen Spürsinn nicht ganz verloren hat, wird - bei aller Kritik, die wir trotzdem haben - doch erkennen, daß auf dem Gebiet der gegenseitigen Annäherung in Europa Dinge geschehen sind, die fünf Jahre zuvor außerhalb jeder Realität lagen. Was Straßburg betrifft, gehen unsere Bemühungen dahin, es zum Mittelpunkt der europäischen Zweckgemeinschaften zu machen, von denen dem gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl das Recht der Erstgeburt zukommt. Ich hoffe indessen nicht, daß Sie denken, die europäischen Angelegenheiten würden uns keine Sorgen bereiten. Ich nenne hier zwei Gründe: die tiefe politische Kontroverse in anderen europäischen Ländern, die große Gefahren birgt. Und weiter ist da noch die ungelöste Frage der mit Risiken verbundenen aber notwendigen Wiederbewaffnung Deutschlands, eine Angelegenheit, die mit dem erst genannten Problem in Zusammenhang steht. Beides befördert die Stabilität in Europa nicht. Wir können daran leider nichts mehr tun. Allerdings demonstrieren wir vorbildlich, daß in diesen Zeiten auch

⁵² J.R.M. VAN DEN BRINK, *Zoeken naar een Heilstaat. Opbouw, neergang en perspectief van de Nederlandse welvaartstaat*, Amsterdam 1984; KDC 1.1.1/4, *Documentatie ten behoeve der kadervorming KVP*, Rede von C.P.M. Romme, gehalten auf dem KVP-Parteikongreß am 21.10.1951 in Utrecht.

⁵³ KDC 1.1.1/4, *Documentatie ten behoeve der kadervorming KVP*, Rede von C.P.M. Romme gehalten auf dem KVP-Parteikongreß am 21.10.1951 in Utrecht.

anders als am Rande des Abgrunds regiert werden kann. Nun, da wir endlich teilnehmen an den Gesprächen über ein europäisches Heer, sind wir hauptsächlich daran interessiert, daß die notwendige Wiederbewaffnung Deutschlands Vorrang erhält und, daß aus diesem Grund, auch die Rechtsgleichheit Deutschlands mit anderen Ländern wiederhergestellt wird." Die Rede bezeugt, daß das brisante Thema der deutschen Wiederbewaffnung nun in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Was Romme hier zum Ausdruck brachte, war Regierungsstandpunkt. Die KVP setzte die ganze Wucht der Autorität Rommes ein, um ihre Wähler - so wenige Jahre nach dem Krieg - auf diese mit Sicherheit als paradoxal empfundene Wiederbewaffnung Deutschlands vorzubereiten. Romme wies voller Stolz auf die geordneten politischen Verhältnisse im eigenen Land. Gleichzeitig rügte er, für jedermann hörbar, nicht nur den Widerstand der deutschen Sozialdemokraten gegen die Wiederbewaffnung und die EGKS, sondern auch das politische Lavieren der Franzosen und Engländer. Die geladenen Gäste konnten zuhause dann gleich davon berichten. Auf der Gästeliste standen L. Schaus, der Sekretär der PCS in Luxemburg, und G. Le Brun von der französischen MRP. Außerdem war der nordrhein-westfälische Landtagspräsident und Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, J. Gockel, anwesend. Der bedankte sich für den Einsatz Königin Julianas für die deutschen Flüchtlinge bei Truman. Der *Maasbode* schrieb zum Abschluß: "Wenn wir den Kongreß der KVP aus diesem Blickpunkt [der Europaintegration] betrachten, dann herrscht der Eindruck, daß die Integration der freien Völker unseres so sehr in Bedrängnis geratenen Europas alle [Politiker] noch mehr fesselt als die finanziellen und sozialökonomischen Probleme."⁵⁴

Auch eine Resolution, die das Parteibüro unter dem Titel *Unsere europäische Aufgabe* publizierte, demonstriert, daß der Europagedanke nun von allen aktiven Parteikadern unterstützt wurde. Darin stehen die täglichen Bedürfnisse des Normalbürgers vor den hohen christlichen Zielen an erster Stelle: "Der wirtschaftliche Wohlstand, die Garantie für einen redlichen Lebensstandard, der Weltfriede und die Sicherheit der Niederlande beruhen auf der Europäischen Vereinigung. Im Bewußtsein dessen, daß sich damit einhergehend die christlichen Lebensregeln zur fundamentalen Gestaltung der internationalen Ordnung eignen, fordert der Kongreß die Parteileitung dazu auf, diesem Ziel ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Das Parteibüro wird ersucht, in den Jugendorganisationen und bei den Parteikadern auf die Durchführung dieser Resolution zu achten."⁵⁵ Zwei Jahre später war diese Begeisterung gründlich verflogen: einerseits befand sich die KVP in der oben beschriebenen Identitätskrise, andererseits schienen die Europapläne mit den EVG-Verträgen vorerst gescheitert zu sein.

⁵⁴ *In het teken van de Europese samenwerking de diepere drijfveer geestelijk en christelijk*, in: *De Maasbode*, 22.10.1951.

⁵⁵ KDC 0266/4855, Archief van de KVP, *Katholieke Volkspartei, Algemeen Sekretariaat*. Auch im Wahlprogramm für 1952 wurde als zweites von vier Hauptthemen 'Supra-nationaal en internationaal verband' aufgenommen. (*Documentatie ten behoeve van kadervorming 1953*, S. 94.)

Eine entscheidende Veränderung trat ein, als der bei den Wahlen von 1952 erlittene Verlust von zwei Sitzen im Parlament eine Beteiligung der Antirevolutionären Partei (ARP) an der Regierungsverantwortung mit sich gebracht hatte. Dadurch erhielt die Europaintegration auf christdemokratischer Seite mit der Person des neuen ARP-Wirtschaftsministers Jelle Zijlstra einen entschiedenen Befürworter hinzu. Von grundlegender Bedeutung war, daß er nichts von den PBO-Plänen hielt. Die Erfolge der gelenkten Wirtschaftspolitik seines Vorgängers van den Brink bewundert er noch heute, dennoch begann er vorsichtig mit dem Umbau in Richtung Marktwirtschaft.⁵⁶

Die dritte Phase, die hier erläutert werden soll, betrifft das EVG-Vertragswerk. Aus Gründen, die weiter unten präzisiert werden, bereitete es der KVP-Fraktion großes Kopfzerbrechen. Dem Parteitagsvortrag Sassens am 9.11.1953 in der Sektion 'Internationale und supranationale Politik' konnte man dies anhören. Die Rhetorik klang, verglichen mit seiner früheren Begeisterung, defätistisch und mürrisch: "Inzwischen ist deutlich geworden, daß Zusammenarbeit nicht genügt. Integration sowohl der Verteidigung als auch ökonomisch ist notwendig. Das bedeutet eine Übertragung von Verantwortlichkeiten der teilnehmenden Staaten an eine supranationale Instanz. Wahrscheinlich ist im Augenblick nur der Weg über den EVG-Vertrag möglich. Er bietet immerhin die einzigartige Möglichkeit, ein deutsches Heer und die dazu in Beziehung stehenden Industrien unter Kontrolle zu halten. Anders", so fuhr er fort, sei "es unmöglich, Deutschland in den Grenzen zu halten, die in aller Interessen liegen." Damit verschleierte er, wie sich noch zeigen wird, die Sorgen seiner Fraktion. In Wahrheit hatte der Plan viele Widersacher. Ferner empörte er sich über "Stimmen, die sich - auch in den Reihen der PvdA - hören lassen, die behaupteten, daß Christdemokraten unter Anleitung des Vatikans eine Einheit von nur sechs Länder realisieren wollen."⁵⁷ Allerdings sei es wahr, daß sich Delegierte der sechs Länder - durch bittere Erfahrung belehrt - zu einer engen Gemeinschaft aller Christdemokraten zusammen gefunden hätten. Warum dies so sei, habe sich im Europarat bei den Beratungen über die Menschenrechtskonvention gezeigt. Es sei nämlich von denen, die die christlichen Grundsätze nicht als richtungsgebend anerkennen, in dieser Hinsicht nichts zu erwarten.⁵⁸

Auf dem Parteitag 1955 - der erste nach dem Scheitern des EVG-Vertrags zeichnet sich durch verlegenes Schweigen zum Thema 'Europa' aus - tobte vor 5000 Teilnehmern erneut der Kampf um die Begriffe 'progressiv' versus 'konservativ'.⁵⁹ Die Irritationen mit dem Koalitionspartner PvdA spitzten sich zu. Ein Hirtenbrief der niederländischen Bischöfe mit der Ermahnung zu konfessionell-politi-

⁵⁶ J. ZIJLSTRA, *Per slot van rekening. Memoires*, Amsterdam 1993, S. 264.

⁵⁷ Nicht identifizierbarer Zeitungsartikel aus: KDC 0266, *Archief van de partijcongressen*.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ *Burger antwoordt Romme. PvdA zal niet zwijgen over conservativisme*, in: *Het Parool*, 11.10.1955.

scher Geschlossenheit gegen jede Gemeinsamkeit mit den Sozialdemokraten bestürzte nicht nur Marga Klompé zutiefst. Dennoch hatte man den Gehorsam nicht versagt,⁶⁰ und die Aktion begann Wirkung zu zeigen. Die Europaintegration hat diese Tendenz jedoch nicht behindert, weil die katholische Kirche diese Politik ohnehin von Anfang an unterstützte. Außerdem waren die Partner aus den verschiedenen Parteien in dieser Angelegenheit wohl doch eine verschworene Gemeinschaft.

Die vierte Phase der hier beschriebenen Europaentwicklung brachte auf dem Parteitag von 1957 die Diskussion um die EWG-Pläne. Sie ist gekennzeichnet durch einen im Vergleich zu früheren Jahren nüchternen Stil in der veröffentlichten Meinung. Die Anrufung des 'christlich-abendländischen Geistes' kam aus der Mode. Die Träume von einer korporativ gelenkten Industrie hatten sich sukzessiv erledigt. Marktwirtschaft, ökonomische Vorteile für die Niederlande und eine gewisse Technokratensprache beherrschten die Vorträge: "Integration ist notwendig; trotz Nachteilen bringt der europäische Markt eine Verbesserung des Wohlstands."⁶¹ So lautet die Überschrift über dem entsprechenden Artikel in der Tageszeitung *De Tijd*, die aus einem Vortrag von P. van Boven zitierte. Hier wurde dem Parteivolk erklärt, was Jelle Zijlstra bereits zwei Jahre zuvor auf einem Salzburger NEI-Treffen verkündet hatte: "Die Produktion der Länder der OEEC ist in der Periode von 1938 bis 1956 um 77% gestiegen, die der Amerikaner jedoch um 201%. Hierin offenbart sich die lebensbedrohende Tatsache, daß Europa relativ gesehen zurückfällt. Sicher ist, daß unsere modernen Produktionsmethoden nur dann mit Erfolg angewandt werden können, wenn wir über einen großen stabilen Markt verfügen. Gewiß sind für die Niederlande Nachteile verbunden mit dem europäischen Markt. Durch die Angleichung der Arbeitsbedingungen [Löhne und Sozialversicherungen] werden sich die Arbeitskosten erhöhen. Gegenüber dem Optimismus, daß dieser Nachteil durch Erhöhung der Produktion aufgefangen werden kann, muß man kritisch sein. Es drohen Gefahren für unseren Export. Hinzu kommt, daß wir durch unseren hohen Geburtenzuwachs jährlich für zusätzliche 60.000 Menschen Arbeit schaffen müssen. Dennoch, die Vorteile des Vertrages liegen darin, daß er der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen ökonomischen Malaise ist. Zusammenarbeit ist die einzige Alternative. Aber das Ziel der europäischen Vereinigung darf kein 'schwächendes Anlehnen an eines der europäischen Machtzentren' werden. Statt dessen ist Zusammenarbeit von selbständigen staatlichen Einheiten angesagt, die alle ihren Beitrag zu einem europäischen Lebensstandard liefern werden."⁶² Ein Beispiel für eine solche Zusammenarbeit sah van Boven im eigenen Land in den Plänen für den Rotterdamer Europoort. Letztendlich legitimierte er diese ganz und gar diesseitigen und materialistischen Ziele

⁶⁰ N. CRAMER, *Kroniek van de Nederlandse Journalistenkring*. Zwei Drittel der katholischen Journalisten verließen den 'Nederlandse Journalistenkring' und schlossen sich einer Katholischen Berufsvereinigung an.

⁶¹ *De Tijd*, 11.11.1957.

⁶² Ebd.

dann doch noch in der traditionellen Weise: "Wir Katholiken haben eine sehr eigene und deutliche Aufgabe, die aus dem Standpunkt des Papstes hervorgeht: die Verwirklichung christlicher Werte wird erleichtert, wenn die wirtschaftliche Not verschwindet. Aus dieser Einsicht werden wir Kraft schöpfen. Die Geschichte ist dazu da, um zu beweisen, daß auch auf irdischem Gebiet der Glaube Berge versetzen kann."⁶³

Der Außenpolitische Ausschuß der KVP-Fraktion

Zu dem Bild, welches die Öffentlichkeitsarbeit der KVP in den vier wesentlichen Phasen der Europaföderation - Benelux, EGKS, EVG-Vertrag und EWG-Vertrag - bietet, formen die geheimen Berichte des Fraktionsausschusses für die Außenpolitik, die seit 1948 regelmäßig für die KVP-Abgeordneten erstellt wurden, einen informativen Kontrast und eine Ergänzung des Gesamtbildes, denn hier wurde klar ausgesprochen, was im Parlament oft nicht diskutiert werden konnte. Der Unterschied zwischen den öffentlichen Erklärungen und den parteiinternen Informationen ist abwechselnd marginal bis erheblich. Aber was die positive Beurteilung der Rolle der Niederlande als Motor der Europäischen Vereinigung betrifft, finden sich auch in diesen geheimen Dokumenten keine Anzeichen von Zweifel. Serrarens und Klompé wechselten einander ab als Vorsitzende und Schriftführer. Den ersten Bericht einer solchen Sitzung am 1. Oktober 1948, der sich im Archiv findet, schrieb Serrarens. Der Ausschuß begrüße die geplante Reorganisation des Außenministeriums. Daß der neuernannte Außenminister Dirk U. Stikker nicht aus diplomatischen Kreisen, sondern aus der Wirtschaft käme, könne von Vorteil sein. Seine Vorschläge zu den Benelux-Plänen, zum Pakt von Brüssel und zu der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) erwarte man mit Spannung: "Auch wenn keine Rede davon sein kann, daß unser Land in der Außenpolitik bestimmend ist, so wird doch das Vorbild der Benelux-Länder allgemein als bedeutungsvoll empfunden. Man sollte gemeinsames und zielbewußtes Handeln der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs in seiner Vorbildfunktion nicht unterschätzen. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Realisierung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses dieser Länder einstellen, werden sich bei dem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit noch verstärken [...]. Die Beschränkung der souveränen Rechte der zusammengeschlossenen Staaten wird vor allem bei der Gestaltung Westeuropas von außerordentlicher Bedeutung sein [...] und wird umfangreiche verfassungsrechtliche Veränderungen erfordern."⁶⁴ Zunächst solle man als Zwischenlösung mit internationalen Verträgen arbeiten. Man habe den Außenminister in diesem Zusammenhang auf die Resolutionen des Kongresses der Nouvelles Equipes International vom 17. bis 19. September in Den Haag hingewiesen.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ KDC 0266/4855, Archief van de KVP, Commissie Buitenlandse Zaken, *Ontwerpnota voor de Fractie betreffende wetsontwerp 2228 (Schuman-Verdrag)*.

Tatsächlich sollten sich die im Bericht des Ausschusses antizipierten Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der Benelux-Länder als noch sehr viel größer erweisen als man befürchtet hatte. Bereits zwei Jahre nach Ratifizierung der Benelux-Zollunion betrachtete die KVP die Unionspläne als gescheitert. Dies bezeugt ein Memorandum für die Fraktion, dem das Textfragment einer Publikation hinzugefügt war. Es enthielt folgende Begründung für die Sackgasse der niederländisch-belgischen Verhandlungen: Während der Konzipierung der Union gingen die Verhandlungspartner von der Rolle der Niederlande als Handels- und Agrarland aus, während Belgien die dazu komplementären Industrien besaß. Nun hatten die Niederlande jedoch im Rahmen eines erfolgreichen Industrialisierungsprogramms eine eigene Eisenindustrie gegründet und außerdem ihre Agrarwirtschaft intensiviert. Belgien und Luxemburg hatten ihrerseits ihre landwirtschaftliche Produktion erhöht und betrieben, um diese zu begünstigen, eine ausgesprochen protektionistische Politik. Als belastend erwies sich ein Lohn-Preisgefälle zwischen den Niederlanden und Belgien, welches bewirke, daß nach Öffnung der Grenzen niederländische Produkte nach Belgien verkauft werden würden. Die unweigerliche Folge einer Union sei demnach eine Lohn-Preisspirale in den Niederlanden.

Darüber hinaus bestand eine prinzipielle Verschiedenheit in der Wirtschaftspolitik zwischen Nord und Süd. Der Nordblock, d.h. England und der Sterlingblock, zu dem auch die Niederlande gehörten, hatte sich auf einen klaren Wirtschaftsdirigismus festgelegt. Der Südblock, dem Belgien angehörte, befreite sich hingegen zunehmend aus diesen Fesseln. Wollte man also zu einer Einigung kommen, müßten die Niederlande ihren Dirigismus und ihre fortschreitende Industrialisierungspolitik aufgeben. Dazu befand der Ausschuß, daß letzteres gänzlich ausgeschlossen sei. Wegen des hohen Geburtenüberschusses seien diese neuen Industrien unbedingt erforderlich, um die in Zukunft benötigten Arbeitsplätze zu schaffen.⁶⁵ Die Abgeordneten konnten im Jahre 1948 nicht voraussehen, daß dieser Geburtenüberschuß zehn Jahre später abklingen würde. Die Kirche hatte den katholischen Bevölkerungsteil noch fest im Griff. Jeden Politiker, der die statistischen Zahlen extrapolierete, mußte das kalte Grausen packen. Daraus resultierte der dringende und fast hysterische Ton, der sich einstellte, wenn das Thema Arbeitsplätze zur Sprache kam.⁶⁶

⁶⁵ KDC 0266/4855, Fragment aus: O. PHILIP, *Le problème de l'Union Européenne*. Weitere parteiinterne Information in: *Documentatie ten behoeve van kadervorming*, Den Haag, 1953, S. 43-47. Der kleine Artikel erwähnt die Probleme. Die Zielsetzung wird auf politische Zusammenarbeit reduziert: "Wenn es den Benelux-Regierungen gelingt, eine Wirtschaftsunion und eine damit verbundene enge politische Zusammenarbeit zu verwirklichen, dann haben wir damit eine lange Zusammenarbeit gekrönt, die nicht nur den Benelux-Ländern, sondern der ganzen Atlantischen Gemeinschaft nützt".

⁶⁶ Die niederländische katholische Kirche führte eine auf Fortpflanzung gerichtete Politik. Dazu: *Zo doende was de vrouw maar een mens om kinderen te krijgen*, K.R.O.-Dokumentation (1990). Die Kirche lehnte es ab, die Volkswirtschaftlichen Konsequenzen als ihre Aufgabe zu sehen. Die jährliche Zunahme der

Allerdings ermahnte Serrarens in einem Kommentar vom 25. September 1951 die Parteigenossen: welche seien die Ursachen dieses Mangels an Erfolg? Daß die Volkswirtschaften der B.L.E.U. und der Niederlande sich nicht vollkommen ergänzen, war vorher bekannt. Daß man mit ernstzunehmenden Interessen wie der Kanal-Frage Schwierigkeiten haben würde, war ebenfalls zu erwarten. Aber daß Schwierigkeiten entstehen würden, wie sie beim Schnittblumenkonflikt auftraten, deutet auf eine 'incompatibilité d'honneur'.⁶⁷ Die Mitglieder des Ausschusses überdachten die tieferliegenden Gründe für die Schwierigkeiten und kamen zu dem Schluß, daß man trotz allem nicht nach Argumenten zur Aufhebung der Vereinigungspläne suchen sollte, sondern nach Möglichkeiten zur deren Festigung. "Die Bedeutung des Erfolges von Benelux für die ganze europäische Zusammenarbeit darf nicht unterschätzt werden. Der Ausschuß würde gerne vernehmen, wie es um die Verhandlungen auf parlamentarischer Ebene steht."⁶⁸

Übrigens war der Rückgriff auf ein Buchfragment zur Information der Fraktion symptomatisch für eine ernste Kommunikationsstörung zwischen Minister und Parlament. Der Ausschuß rügte die Regierung, weil die gesamte Außenpolitik ohne vorherige Absprachen mit den Parlamentariern vonstatten ging und verlangte Vorbesprechungen und viel mehr Information. Außerdem vertraten Serrarens und Klompé immer wieder die Auffassung, 'daß mehr geschehen müsse für die Information der Bürger über die Entwicklungen der Außenpolitik'. Nur eine Mobilisierung der Bevölkerung in der Europafrage würde letztendlich zum Erfolg führen. Im Jahrbuch der Regierung hieß es: "Das Tempo, in dem die Zusammenarbeit verwirklicht wird, ist noch zu langsam." Aber so fragt Serrarens: "Sind die Niederlande, obwohl ihr Parlament schon so frühzeitig auf die Schaffung supranationaler Instanzen gedrängt hatte, nicht mitverantwortlich für das Tempo?"⁶⁹

Das Kabinett hat die Anfragen und Ratschläge in der Tat beherzigt, denn wenn man die KVP-Parlamentarier allzusehr ärgerte, konnten sie sich mit einigen

berufstätigen Bevölkerung betrug 1947 45.000, 1951 42.000, 1959 50.000 und wurde für 1963 auf 75.000 geschätzt. Während einer Parteivorstandssitzung zur Vorbereitung des Parteitages 1949 heißt es: "Dr. de Boer möchte, daß das Bevölkerungsproblem auf dem Parteitag zur Sprache kommt, denn langsam, aber sicher entstehen auch in katholischen Kreisen Zweifel an der christlichen Ehetradition. Es ist wichtig auszudrücken, daß unsere Familienpolitik keine Propaganda macht für große Familien".

⁶⁷ Zu diesen Verhandlungen, die er von 1952 an selbst führte, bemerkte J. Zijlstra in seinen Erinnerungen (*Per slot*, S. 51): "Mich erstaunte wie verschieden Belgier und Niederländer sind [...], so daß man beinah von einer anderen zoologischen Gattung sprechen kann [...]. Es gibt zwei Sorten von Menschen, die ich nie begreifen werde: Japaner und Belgier".

⁶⁸ KDC 0266/4855, Archief van de KVP, Commissie Buitenlandse Zaken, *Ontwerppnota voor de Fractie betreffende wetsontwerp 2228 (Schuman-Verdrag)*.

⁶⁹ Ebd.

anderen Fraktionen zusammenschließen und das Kabinett stürzen. Bereits 1951 bedankte sich der Ausschuß in dem von Marga Klompé abgefaßten Bericht für die Vorbesprechungen und die Informationen, die Minister Stikker im Zusammenhang mit den EGKS-Plänen den kombinierten KVP-Ausschüssen für Außen- und Handelspolitik hatte zukommen lassen. Der Ausschuß erteilte der niederländischen Delegation, die die Verhandlungen in Luxemburg unter Leitung von D. Spierenburg geführt hatte, großes Lob. Es habe sich erwiesen, daß die leider wachsende Zahl der 'Euroskeptiker' im eigenen Land, die an der Rolle der Niederlande in den Fragen der europäischen Vereinigung zweifelten, im Unrecht seien. Zum erstenmal war eine supranationale Organisation entstanden, und so sei dies nicht nur 'politisch, sondern auch psychologisch ein Novum für Europa'. Besonders wurde hervorgehoben, daß der übernationale Charakter des Plans nicht in eine starre zentrale Steuerung geführt hatte. Die Grundideen des Vertrags zeigte viel Übereinstimmung mit den Formen einer öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation.⁷⁰

Zu diesem Zeitpunkt hofften noch viele Anhänger dieser Wirtschaftsform - sogar in der Regierung -, daß sich die europäische Vereinigung auf horizontalem Weg durch Integration und Verflechtung von Teilgebieten vollziehen würde. Der Ausschuß teilte zwar die Präferenz, sah aber Hindernisse entstehen. Er befand dort, daß die Wirtschaftspolitik der nationalen Regierungen sich dem Zugriff der EGKS-Organe entziehe und so der Einfluß der Regierungen auf die entsprechenden Industriezweige zu dominant bliebe. Aufgrund dieses Hemmnisses könne die EGKS nur schwer eine Langzeit-Strukturplanung schaffen. Doch diese Nachteile würden sich beheben lassen, sobald eine schnelle und weitere Integration stattfinde. Prinzipieller Natur waren jedoch Überlegungen, die auch heute, vier Dezennien später, nichts an Aktualität eingebüßt haben. "Die Hohe Behörde der EGKS ist angelegt wie ein Staatsorgan, und das 'mirabile dictu' als ein Organ einer noch gar nicht vorhandenen staatsrechtlichen Formation." Das sei aus der Tatsache abzuleiten, "daß die Hohe Behörde der Versammlung der EGKS Rechenschaft schuldet."⁷¹ Die Versammlung ihrerseits jedoch wäre nicht mit den normalen parlamentarischen Rechten ausgestattet, dürfe keine Gesetzesvorlagen einbringen, ja nicht einmal Vorschläge dazu. Dies alles sei nur für eine kurze Übergangszeit zu tolerieren. Zwar sei die EGKS eindeutig eine Wirtschaftsunion, aber sie habe insofern einen politischen Charakter als die Ziele, das Verhindern neuer Kriege und die europäische Vereinigung, politischer Natur seien. Der Ausschuß legte ein ganzes Szenario für die Zukunft vor. Man könne sich sehr wohl vorstellen, auf welchem Weg die oben genannten Ziele zu erreichen seien. Auch hier spielte die PBO eine Hauptrolle. Mehrere Wirtschaftszweige sollten sich in der präföderalen Phase auf ähnliche Weise wie die EGKS integrieren und würden somit über identische Organe ver-

⁷⁰ KDC 0266/4855, der Abgeordnete P.A. Blaisse drückt diese Erwartung noch in einem *Rapport begroting Buitenlandse Zaken*, 1953, aus: "Neben einer Weiterentwicklung der PBO hierzulande, wird das dieser Wirtschaftsform zugrunde liegende Prinzip in nächster Zukunft auf internationaler Ebene Anwendung finden."

⁷¹ KDC 0266/4855, Archief van de KVP, Commissie Buitenlandse Zaken, *Ontwerpnota voor de Fractie betreffende wetsontwerp 2228 (Schuman-Verdrag)*.

fügen. Durch die relativ hohe Zahl der Abgeordneten in den Versammlungen würde ein gesunder Proporz nach Bevölkerungszahl, Produktions- und Konsumkapazität entstehen. Die Hohe Behörde, zunächst noch kollegial, sollte später zu einem europäischen Ministerium ausreifen, die einzelnen Versammlungen später ein europäisches Parlament formen, die Räte zu einem europäischen Senat nach Art des Bundesrates oder des Amerikanischen Senats zusammenschmelzen. Der Informationsbericht trägt unverkennbar die Handschrift Marga Klompés. Sowohl die Analyse der Gefahren, die in der Organisation der EGKS lagen, als auch der optimistische Entwurf des Ausschusses für eine horizontale Vereinigung über gesamteuropäische Betriebsgenossenschaften konnte kaum klarer formuliert werden. Klompé griff dem Argument vor, daß man dies alles als vollkommen verfrüht bezeichnen könne, denn darauf ließe sich erwidern, daß zwei Jahre zuvor ähnliche Argumente gegen die Gründung der EGKS angeführt worden waren.⁷² Man erkennt in den Vorschlägen große Teile des Stikkerplans. Und bekanntlich wurde nichts daraus, denn die britische Regierung befürchtete die wirtschaftlichen Konsequenzen, die über den EGKS-Rahmen hinausgehen würden, und sorgte dafür, daß alles in einer Kommission der European Cooperation Administration (ECA) versandete.⁷³

Der Kommentar des Ausschusses zum nächsten Schritt, dem EVG-Vertrag, der federführend von den Militärexperten der Fraktion angefertigt wurde - Marga Klompé fand alle militärischen Anstrengungen überzogen, weil die Sowjets ihrer Meinung nach bedeutend weniger aggressiv waren, als man dies glauben machen wollte - steht in schrillum Kontrast zu der hoffnungsvollen EGKS-Phase. Die Mitteilungen des Ausschusses an die Parteikader richten sich fast eindimensional auf die 'Deutsche Frage': "Es ist gut, sich bei der Abwägung des Vertragswerks vor Augen zu halten, zu welchem Zweck es aufgestellt wurde, nämlich: um die Integration deutscher Militäreinheiten zur Verteidigung des europäischen Gebietes zu ermöglichen, ohne daß es zu einem deutschen Heer kommt. Alles klemmt an allen Ecken, da man - den Vertrag lesend - ganz und gar nicht an das Hauptziel erinnert wird."⁷⁴ In Artikel 1 des Vertrages behauptete man eine supranationale Gemeinschaft zu schaffen, erstens um ein deutsches Heer zu verhindern, zweitens wegen der Zurückgewinnung parlamentarischer Kontrolle auf übernationalem Niveau, da diese den nationalen Parlamenten entzogen würde. Aber welches nationale (oder internationale) Parlament könnte den gigantischen technischen Apparat der NATO kontrollieren? Selbst die Minister im NATO-Rat könnten dies nur in groben Zügen. Das Vertragswerk sei unlogisch, militärisch 'unworkable'. Das ganze sei voller Widersprüche, trage alle Anzeichen zu hastig durchgeführter, oberflächlicher Arbeit. Der Ausschuß vertrat die Meinung, ein derartiger militärischer Zusammenschluß dürfe nur der Schlußstein einer europäischen Integration auf

⁷² Ebd.

⁷³ LOTH, *Der Weg nach Europa*, S. 88.

⁷⁴ KDC 0266/4855, Archief van de KVP, Commissie Buitenlandse Zaken, *Ontwerppnota voor de Fractie betreffende wetsontwerp 2228 (Schuman-Verdrag)*.

allen Gebieten sein. Ein Heer sei das Endprodukt der Kombination vieler wirtschaftlicher Faktoren, die vorher zusammengefügt werden müßten. Vor allem jedoch seien die Streitkräfte der Ausdruck des 'meest eigene' (zutiefst Eigenen), über welches ein Volk verfüge, und wäre dann also das 'meest eigene' von Europa, aber welchen Europas? Man wies auf die blockierenden Möglichkeiten, die jedem der Mitgliedsländer durch die im Plan vorgesehene Einstimmigkeit der Beschlüsse zufiel. Demnach konnte auch Deutschland dies tun! Außerdem, wer würde im Falle eines Krieges noch darauf achten, daß der konzipierte Drittelporz des deutschen Anteils an einem europäischen Heer nicht überschritten würde; im Vertrag gebe es keine Garantien. Viel besser sei doch ein direkter Eintritt Deutschlands in die NATO, da sowieso eine Einbettung des Vertrags in die NATO geplant sei.⁷⁵

Was die besorgten KVP-Militärexperten zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu hoffen gewagt hatten, ergab sich als die französische Nationalversammlung die Beratungen zum EVG-Vertrag am 30. August 1954 absetzte und gleichzeitig die damit verbundene Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) scheiterte. Marga Klompé hatte dies übrigens, wie einem ihrer Berichte zu entnehmen ist, aufgrund der politischen Verhältnisse in Frankreich einige Monate zuvor bereits kommen sehen. Im März 1953 kommentierte der pro-europäische Abgeordnete P.A. Blaisse im Parteiorgan die parlamentarische Debatte vom 28./29. April 1953 zur Europäischen Politischen Gemeinschaft und erwähnte, daß Zustimmung und Ablehnung zum EVG-Vertragswerk quer durch die Parteien liefe.⁷⁶ In dem Artikel findet sich jedoch keiner der Gründe, die in dem geheimen Bericht des Ausschusses gegen den Vertrag angeführt werden. Öffentlich konnten die KVP-Politiker alle Ängste und Bedenken kaum äußern ohne Regierung und Parlament, die dem Plan letzten Endes zugestimmt hatten, zu brüskieren. Die Verteidigungsspezialisten waren wohl auch besorgter als die Europapolitiker. Doch auch aus der Erklärung, die die niederländische Delegation am 10.3.1953 in Straßburg abgab, sprechen ähnliche Bedenken. Man sei zwar froh über das erreichte Resultat, aber der Vertrag zeige Mängel: "Das vorgesehene direkte Stimmrecht (im EVG-Vertrag) betrachtet die niederländische Delegation als derart unzureichend, daß sie sich, wenn dies unverändert bleibt, die Freiheit vorbehält, im niederländischen Parlament dagegen zu stimmen."

⁷⁵ *Nota inzake de goedkeuring van het verdrag tot oprichting der Europese Defensie Gemeenschap (wetsontwerp 2911)*, ohne Datum. Da Klompé Aufrüstung grundsätzlich unsinnig fand und zu Rüstungsfragen keine Stellung nahm, schrieb der Militärspezialist der Fraktion (Leutnant) Adjunktdirekteur der Antillen J.J. Fens (1900-1968) das Positionspapier.

⁷⁶ P.A. BLAISSE, *Behandeling in de kamer van het ontwerp tot instelling van een Europese Gemeenschap*, in: *Katholiek Staatkundig maandschrift* 7 (1953), S. 82-87.

Ferner äußerten sie die Meinung, daß die im Statut verankerte Verpflichtung zu einer ökonomischen Integration nicht genügend Garantien böte.⁷⁷

Ambivalenz kennzeichnete nun die Situation - Bedauern und Erleichterung zugleich. Ausgerechnet diejenigen, die die europäische Vereinigung am entschiedensten vertraten, waren überwiegend aus den erwähnten Gründen erleichtert über das unrühmliche Ende des EVG-Vertrages. Der unvermeidlich erscheinende deutsche militärische Überhang, der diesem Plan innewohnte und die antizipierte Zerstörung des internationalen Gleichgewichts der Mächte erleichterte, hatte dazu geführt, daß dieser erste große Ansatz gescheitert war. Aber vollkommen eindeutig sagte das dann doch keiner. Der Ausschuß brachte im Dezember 1954 in seinem Kommentar zur 'begroting' (Etat) des Außenministeriums sein Bedauern zum Ausdruck und wies darauf hin, daß man sofort mit neuen Verhandlungen beginnen müsse. Aber man sollte nun darauf achten, daß es in erster Linie zu einer ökonomischen Einheit kommen müsse. Inzwischen sei ein Trost, daß NATO und OEEC zwar nur internationale und keine supranationalen Institutionen seien, sich aber sehr wohl als handlungsfähig und effizient erwiesen.⁷⁸

Bei dem nächsten Schritt, den Beratungen zum EWG- und Euratom-Vertrag hatte der parlamentarische Ausschuß aller Parteien ein gewichtiges Wort mitgeteilt. Ein Kommentar von über 50 Seiten, der dazu angefertigt wurde, läßt sich hier nur in aller Kürze beschreiben. Die KVP-Politiker waren voll des Lobes über die Informationspolitik der Regierung zu diesen Verträgen, deren Tragweite für die Niederlande mit Worten kaum auszudrücken war, so tief würden sie in das politische und wirtschaftliche Leben des Staates eingreifen. Trotz der positiven Grundstimmung stellten die Abgeordneten fest, daß die Verträge nicht zu einem ungeteilt günstigen Resultat geführt hatten. Auch die Regierung hatte dies mitgeteilt. Man hatte Kompromisse schließen müssen. Der Charakter der Verträge war weniger 'europäisch' als man dies erhofft hatte und in mancher Hinsicht war der Ausschuß auch außerhalb dieser zugegebenen Mängel anderer Meinung als die Regierung. Drei Hauptpunkte standen dabei im Vordergrund: die geografische Lage der Niederlande, die eine Orientierung nach Übersee erforderte, blieb unerwähnt. Im Zusammenhang mit der Rohstoffarmut des Landes waren keine ausdrücklichen Lieferungsverpflichtungen festgelegt worden. Dem hohen Bevölkerungszuwachs der Niederlande, der eine schnelle Industrialisierung des Landes erzwang, war keine Beachtung verschafft worden.

Die Mängel des Vertrages wogen schwer, vor allem weil andere Länder - aufgrund geschickterer Verhandlungsstrategien - eine beträchtliche Anzahl von Sonderklauseln zu ihren Gunsten erstritten hatten. Sehr kritisch stand die Kommission auch dem Kapitel 'Transport' gegenüber, in dem die Niederlande ihre traditionell großen Interessen zu verteidigen hatten und auch in dieser Hinsicht benachteiligt worden seien. Vertragsänderungen und Ergänzungen seien unerlässlich. Man fand,

⁷⁷ Erklärung vor dem Europarat (10.3.1953). Unterzeichnet von: G. Vixeboxse, P.A. Blaisse, J.A.H.S. Bruins-Slot, M. van der Goes - van Naters, P.J. Kapteijn, M.A.M. Klompé, H.A. Korthals, G.M. Nederhorst, E.M.J.A. Sassen.

⁷⁸ KDC 0266/4855, *Nota Begroting Buitenlandse Zaken 1955 (Hoofdstuk III)*.

daß die EWG den Charakter eines Kader-Vertragswerks haben würde, welcher erst binnen 12 bis 15 Jahren zeigen würde, wann und wie genau mit einem gemeinsamen Markt zu rechnen sei. Und selbst zu dieser Sicht der Dinge brauche man ein gehöriges Maß an Optimismus. Der Ausschuß forderte, daß man bei allen wesentlichen Schritten, den Übergängen von der einen zur anderen Phase Vertreter der Wirtschaft zu Beratungen heranziehen müsse und, daß eine alleinige Beratung mit dem SER (die Planungsbehörde eines Sozialökonomischen Rates) niemals das gewünschte Resultat erzielen würde. Wir brauchen dies im einzelnen nicht auszuführen. Die Richtung in die freie Marktwirtschaft tritt offen zu Tage. Damit war zugleich die Haupthürde für Benelux genommen. Dazu erklärte der Ausschuß: "Eine enge Zusammenarbeit im Benelux-Verband erscheint hier strikt notwendig, um in diesen Verhandlungen während der nächsten zehn Jahre stärker da zu stehen." Es sei nicht unbekannt, daß nur noch während der nächsten Jahre die Standpunkte der Benelux-Länder eigenständig geäußert werden könnten. Danach könne Benelux durch die drei großen Länder der Gemeinschaft überstimmt werden. Das alles sei von großer Wichtigkeit was die Außenzölle und die Freihandelszone angehe, sowohl in ihrer alten Form der GATT, als auch in der neuen Form. Zum Thema des freien Kapitalverkehrs ergingen Pfeile in die Richtung der Regierung Drees. Dieser sei nur zu erreichen, wenn der nationale Kapitalmarkt nicht länger als Terrain der nationalen Konjunkturpolitik gesehen würde.⁷⁹ Wenn man sich des Vortrags von van Boven auf dem Parteitag von 1957 erinnert, bleibt festzustellen, daß sich die interne mit der öffentlichen Diskussion der KVP zum erstenmal deckte und in voller Offenheit geführt wurde.

Schlußbetrachtung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Rolle der KVP im europäischen Integrationsprozeß nur in der Gemeinsamkeit mit der PvdA von großer Bedeutung sein konnte. Die Weichen für diese fruchtbare Regierungsperiode zwischen 1945 und 1958 waren bereits vor und während des Zweiten Weltkriegs durch die Vorstellungen des linken Flügels der KVP im Sinne der katholischen Soziallehre gestellt worden. Nach 1945 hat sich die auf konfessionelle Geschlossenheit zielende Politik der katholischen Bischöfe auf den Prozeß der europäischen Vereinigung nicht nachteilig ausgewirkt. Nach dem Motto der Christdemokraten, welches lautete: Regierungsverantwortung unter allen (demokratischen) Umständen, unterstützte die Kirche den Kurs der KVP.

Die Programmatik der christdemokratischen Bewegung, die in den Niederlanden zunächst rein katholisch orientiert war, trug zur ideologischen Unterstützung der Pläne um Europa bei. Vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit der KVP (auf Parteitagen und in der katholischen Presse) spielte sie als rhetorisches Element eine wesentliche Rolle. In den einzelnen Gremien, z.B. dem KVP-Ausschuß für Außen-

⁷⁹ KDC Aktenzeichen BL/tf/435, *E.E.G. Voorlopig verslag. Bijdrage KVP, 9 juli 1957*. Die *Slotbeschouwing* vom 14.8.1957 enthielt keine neuen Gesichtspunkte.

politik, wurden fast ausschließlich die harten politischen Tatsachen diskutiert. Aber die KVP strebte aus ideologischen Gründen in Europa die korporative Form der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation an. Darum spielte die katholische Programmatik in der Planung der EGKS, und modellhaft kurz danach, eine gewisse Rolle. Deren Verfechter erwarteten, daß sich über die horizontale Verflechtung europäischer Betriebsgenossenschaften, vor allem mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften und Verbände, die Europäische Vereinigung organisieren ließe. Es zeigte sich, daß bei den Verhandlungen um den Benelux-Unionsvertrag, der als Einstieg in die europäische Vereinigung propagiert worden war, allen hochgespannten Erwartungen zum Trotz, die Verbundenheit der christdemokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Verbände Belgiens und der Niederlande von untergeordneter Bedeutung war. Den Ausschlag gab die Orientierung der belgischen Volkswirtschaft auf die Prinzipien der freien Marktwirtschaft im Gegensatz zu der 'gelenkten Ökonomie' der Niederlande. Erst gegen Ende der fünfziger Jahre, als die Niederlande ihre Wirtschaftspolitik liberalisierten, ließ sich die Benelux-Union auf bescheidenstem Niveau verwirklichen.

Im Verhältnis zu Deutschland hat der Kontakt mit der CDU/CSU dahingegen eine wesentliche Rolle gespielt. Der feste Wille Adenauers zur West-Integration ließ die Deutschen etwas weniger beängstigend erscheinen. Eine unterschwellige Solidarität der Katholiken hat vertrauensbildend gewirkt. Trotzdem waren viele KVP-Politiker insgeheim erleichtert, als die Franzosen den EVG-Vertrag verhinderten. Für eine deutsche Beteiligung an einem europäischen Heer waren in den Augen der KVP-Militärspezialisten die wirtschaftlichen Verflechtungen viel zu gering, die deutsche (Rüstungs)Industrie zu autonom und der ganze Komplex nicht wirklich kontrollierbar. Die EWG wurde dann ganz und gar unter dem Gesichtspunkt neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten gesehen und trotz heftiger Einwände auf einigen Gebieten, überwiegend positiv beurteilt. Die christdemokratische Programmatik hatte nun als Argumentationshilfe ausgedient. Ihre Bedeutung hatte darin gelegen, dem katholischen Block ('zuil') in der schweren Zeit der Wirtschaftsmalaise nach dem Krieg und nach dem Verlust Indonesiens, einen ideellen Rückhalt verschafft zu haben. In der katholischen Publizistik der Nachkriegsjahre vollzog sich die Loslösung von der Vorstellung, eine mittelgroße Macht mit überseeischer Einflußsphäre zu sein. Die Blicke richteten sich nun notgedrungen auf den Kontinent, und man tröstete sich mit dem Gedanken, daß in der Gemeinschaft der Staaten überwiegend Katholiken das Sagen hatten.